

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Staatssekretariat für Bildung, For-
schung und Innovation
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

20. Februar 2019

Änderung des ETH-Gesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2018 hat Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt.

Für den Regierungsrat des Kantons Aargau geben im vorliegenden Änderungsentwurf des ETH-Gesetzes folgende Änderungen zu Bemerkungen Anlass:

Zu Art. 10a

Art. 10a schafft die Grundlage für die Veräusserung von nicht selbst benötigter Energie an Dritte zu Marktpreisen. Bei der zum Eigengebrauch selbst produzierten Energie erscheint diese Regelung sinnvoll, nicht jedoch bei der zum Eigenbedarf eingekauften Energie. Die ETH sollte darauf achten, nur so viel Energie einzukaufen, wie sie selbst benötigt.

Zu Art. 14 Abs. 3

Bisher werden die Assistenzprofessorinnen und Assistenzprofessoren für vier Jahre ernannt, mit einer einmaligen Wiederernennung für vier weitere Jahre. Es ist nachvollziehbar, dass diese Regelung zu wenig flexibel ist. Die Neuregelung sieht mehrmalige Verlängerungen der befristeten Arbeitsverhältnisse bis zu den vorgegebenen maximal acht Jahren vor. Solange mit diesen Arbeitsverträgen beispielsweise die Rahmenbedingungen einer Nationalfondsförderung besser berücksichtigt werden können, ist die Neuregelung für alle Beteiligten vorteilhaft. Sollten aber, gestützt auf die Neuregelung, nur noch einjährige Anstellungsverträge abgeschlossen werden, so ist die Änderung abzulehnen, da sie sich für die Assistenzprofessorinnen und Assistenzprofessoren nachteilig auswirken würde.

Zu Art. 36g Abs. 2 Satz 2

Art. 36g legalisiert das Bestehen und die Aufgaben der bereits eingesetzten Sicherheitsdienste, was zu begrüssen ist. Allerdings erachten wir die in Art. 36g Abs. 2 Satz 2 vorgesehene Beauftragung privater Sicherheitsdienste als problematisch, insbesondere wegen der Möglichkeit, Personendaten (Art. 36h Abs. 2) zu sammeln. Dieser Satz und konsequenterweise auch Art. 36h Abs. 3 sollten gestrichen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- christina.baumann@sbfi.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Appenzell, 7. März 2019

Änderung des ETH-Gesetzes Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des ETH-Gesetzes zukommen lassen.

Die Standeskommission hat von den unterbreiteten Unterlagen Kenntnis genommen und diese geprüft. Sie ist mit den vorgesehenen Änderungen einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- christina.baumann@sbfi.admin.ch
- Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 1. März 2019

**Eidg. Vernehmlassung; Änderung des ETH-Gesetzes; Stellungnahme des Regierungsrates
von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2018 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) eingeladen, im Rahmen der Eidgenössischen Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat keine Einwände zu den beantragten Änderungen des ETH-Gesetzes. Er begrüsst die Anpassung an die Corporate Governance-Vorgaben des Bundes. Auch die Einführung einer rechtlichen Grundlage zum Weiterverkauf nicht benötigter Energie ist sinnvoll. Im Bereich der Anstellungsverhältnisse sind die Änderungen nachvollziehbar.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher Eidg. Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Staatssekretariat für Bildung, For-
schung und Innovation
3003 Bern

27. Februar 2019

RRB-Nr.: 183/2019
Direktion Erziehungsdirektion
Unser Zeichen RRA
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Änderung des ETH-Gesetzes. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der Kanton Bern kann den Änderungen in der Vorlage grundsätzlich zustimmen.

Der Regierungsrat begrüsst insbesondere die Massnahmen zur besseren Wahrung der Grundsätze der Corporate Governance des Bundes durch neue Bestimmungen zu Stimmrecht und Ausstand im ETH-Rat. Diese sollten zur Stärkung von dessen Rolle als oberstem strategischem Steuerungsorgan des ETH-Bereichs beitragen.

Weiter haben wir folgende inhaltliche Bemerkungen:

Art. 14 Abs. 3

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat Bedenken, ob die neue Regelung bei der Anstellungsdauer für Assistenzprofessorinnen und Assistenzprofessoren tatsächlich deren Bedürfnissen entspricht. Im Sinne der Planbarkeit der akademischen Karriere halten wir eine festgelegte Anstellungsdauer für sinnvoll. Auch führt diese neue Regelung zu Ungleichbehandlungen zwischen den Assistenzprofessorinnen und Assistenzprofessoren, was die akademische Karriere beeinträchtigen könnte. So könnte es sein, dass ein Assistenzprofessor nur mit 1-Jahresverträgen für 8 Jahre angestellt wird und ein anderer Assistenzprofessor mit einem

befristeten Vertrag für 8 Jahre. Wir regen an, zu überdenken, ob es nicht eine mildere Massnahme wäre, in der Regel eine Anstellungsdauer von vier Jahren und nur in Ausnahmefällen eine abweichende Vertragsdauer vorzusehen.

Art. 17a Absatz 5

Der Regierungsrat bezweifelt, dass bei der ausnahmsweisen Anstellung von Professorinnen und Professoren über die gesetzliche Altersgrenze hinaus durch den Abschluss privatrechtlicher Verträge, wie sie in Art. 17a Absatz 5 normiert ist, das verfolgte Ziel der vereinfachten Kündigungsmöglichkeit erreicht wird. Gemäss unserem Verständnis ist eine Anstellung als öffentlich-rechtlich zu qualifizieren, solange ein Angestellter an einer universitären Hochschule einen gesetzlichen Auftrag erfüllt, auch wenn dies in Form eines privatrechtlichen Vertrags erfolgt. Bei den von Professorinnen und Professoren ausgeführten Tätigkeiten in Forschung und Lehre handelt es sich in der Regel um gesetzliche Aufgaben der beiden ETH (vgl. Art. 2). Folglich wird ein solcher Vertrag durch die verfassungsrechtlichen Prinzipien überlagert, welche einer Kündigung gemäss OR entgegenstehen können.

Art. 36i Abs. 1-4

Der Regierungsrat empfiehlt für diesen Artikel, der einen besonders sensiblen Bereich regelt, eine einheitlichere Begrifflichkeit. Es ist beispielsweise nicht vollständig klar, ob der Begriff "Videosignale" jeweils synonym zu "Aufzeichnungen" verwendet wird. Die Regelung im letzten Satz von Abs. 4 ("Sie können zudem in anonymisierter Form für Zwecke der Schulung und Unfallverhütung weiterverwendet werden.") lässt offen, ob damit eine Verwendung während der Aufbewahrungsfrist von maximal 100 Tagen gemeint ist. Wir empfehlen eine Streichung, dieser Bestimmung, Aufnahmen zur Schulung und Unfallverhütung können auch durch Nachstellung produziert werden.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Der Staatsschreiber

Christoph Neuhaus

Christoph Auer

Verteiler

- Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, Christina Baumann christina.baumann@sbfi.admin.ch
- Erziehungsdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Liestal, 19. Februar 2019

Änderung des ETH-Gesetzes; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben Ihres Amtsvorgängers vom 21. November 2018 wurden die Kantone zur Vernehmlassung betreffend die Änderung des ETH-Gesetzes eingeladen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Der Regierungsrat möchte an erster Stelle die Wichtigkeit der ETH und der Universitäten für den Kanton Basel-Landschaft, als Mitträger sowohl der Universität Basel als auch der Fachhochschule Nordwestschweiz, hervorheben. Der Regierungsrat stellt erfreut fest, wie gut sich die ETH am Standort Basel im Interesse des Forschungsstandorts Schweiz entwickelt. Ausserdem funktioniert die Zusammenarbeit zwischen ETH und den anderen Hochschulen bestens.

Auch wenn der Kanton Basel-Landschaft nicht direkt von den Änderungen des ETH-Gesetzes betroffen ist, begrüsst der Regierungsrat unter Bezugnahme auf den erläuternden Bericht die konkreten Änderungsvorschläge.

Der Regierungsrat erachtet insbesondere die Bestrebungen zur Umsetzung der Public-Corporate-Governance-Leitsätze des Bundes als sinnvoll. Dem Ziel, eine Trennung der strategischen und der operativen Ebene sicherzustellen, wird mit den vorgesehenen Änderungen in genügendem Masse Rechnung getragen.

Hochachtungsvoll

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Herrn Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Basel, 27. Februar 2019

Vernehmlassung zur Änderung des ETH-Gesetzes: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt:

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision der Änderung des ETH-Gesetzes zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass unsererseits keine Einwände gegen die Gesetzesänderungen bestehen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie an: christina.baumann@sbfi.admin.ch



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche
et à l'innovation (SEFRI)
Division Hautes écoles
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

Document PDF et Word à :
christina.baumann@sbf.admin.ch

Fribourg, le 19 février 2019

2019-214

Modification de la loi sur les écoles polytechniques fédérales (EPF) Réponse à la consultation

Madame, Monsieur,

Nous remercions Monsieur le Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche de nous avoir donné l'occasion de nous prononcer au sujet de la modification de la loi fédérale du 4 octobre 1991 sur les écoles polytechniques fédérales (loi sur les EPF).

Les modifications proposées concernent principalement la vente d'énergie, la limitation du droit de vote des membres institutionnels du Conseil des EPF, l'engagement du personnel pour une durée déterminée, ainsi que le traitement des données personnelles, les services de sécurité et la vidéosurveillance.

En ce qui concerne la modification apportée à l'article 10a relatif à la vente d'énergie, nous doutons de l'affirmation selon laquelle « la vente de l'énergie non utilisée à des tiers ne repose sur aucune base légale », selon le rapport explicatif, et du fait que cela justifie l'introduction d'une disposition légale spécifique. En effet, le cadre légal actuel, par exemple sur les regroupements de consommateurs au sens de la LEné, autorise l'autoconsommation et la vente de courant des producteurs. De plus, s'agissant toujours du domaine de l'électricité, la seconde étape de l'ouverture du marché devrait encore élargir cette possibilité dans le futur. Par ailleurs, l'affectation des moyens générés par la vente de l'énergie pourrait probablement être réglée de manière beaucoup plus simple par le Conseil fédéral, par exemple au travers de la planification financière et des conventions passées avec les établissements.

Les modifications concernant les conditions d'engagement s'appliquant uniquement au domaine des EPF n'appellent pas de remarques de notre part. Seule la différenciation liée au genre à l'article

17a alinéa 6 interrogé. En effet, plusieurs lois cantonales établissent un âge de retraite unique (65 ans) pour les professeurs et professeures.

Finalement, nous saluons la création d'une base légale pour le recours aux services de sécurité et pour la vidéosurveillance qui doivent être clairement réglementés.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen
Président

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Copie

—

Service des affaires universitaires / DICS

Communication :

- a) à la Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport, pour elle, le Service des affaires universitaires et le Rectorat de l'Université ;
- b) à la Direction de l'économie et de l'emploi ;
- c) aux autres Directions ;
- d) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Extrait de procès-verbal non signé, l'acte signé peut être consulté à la Chancellerie d'Etat

Département fédéral de l'économie, de
la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Secrétariat général
Bundeshaus Ost
3003 Berne

Concerne : consultation relative au projet de modification de la Loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales (Loi sur les EPF)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation fédérale citée sous rubrique qui a retenu notre meilleure attention. Nous prenons bonne note de l'ensemble des modifications proposées concernant notamment l'introduction de principes directeurs sur le gouvernement d'entreprise, la politique du personnel, la création de bases légales relatives à la vente d'énergie ou la sécurité.

En ce qui concerne la politique du personnel, nous prenons acte de la flexibilisation des possibilités de reconduction du contrat de travail des professeurs assistants et de l'élargissement des modalités de prolongation des rapports de travail des professeur-e-s au-delà de l'âge de la retraite. Nous rappelons la nécessité d'un soutien conséquent à la relève académique, objectif porté par l'ensemble des acteurs du paysage des Hautes Ecoles suisses.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Le président :

Michèle Righetti

Antonio Hodgers



Sitzung vom
26. Februar 2019

Mitgeteilt den
27. Februar 2019

Protokoll Nr.
129

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI

Per E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch (PDF- und Word-Version)

Änderung des ETH-Gesetzes Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Baumann
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die uns eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme in vorbezeichneter Angelegenheit danken wir Ihnen und nehmen hierzu wie folgt Stellung:

Es ist sehr zu begrüßen, dass verstärkt erneuerbare Energien wie Holzschnitzel, Seewassernutzung, Abwärmenutzung und auch Eigenproduktion von Photovoltaik zum Einsatz kommen sollen. Auch erachten wir es als sinnvoll, dass gemäss Vorlage überschüssige Energie zu Marktpreisen an Dritte verkauft werden darf.

Art. 17a Abs. 5 des Gesetzesentwurfes sieht vor, dass in begründeten Ausnahmefällen Professorinnen und Professoren der ETH über das AHV-Alter hinaus – mit öffentlich-rechtlichem oder mit privatrechtlichem Arbeitsvertrag – angestellt werden können. In diesem Zusammenhang regen wir an, dass im Rahmen der Präzisierung dieses Artikels in der einschlägigen Professorenverordnung ETH die Dauer einer solchen Beschäftigungsmöglichkeit befristet wird, z. B. bis zum 70. Altersjahr. Mit der

Festlegung einer Maximaldauer für eine allfällige Weiterbeschäftigung nach Erreichen des AHV-Alters würde auch dem berechtigten Interesse an der Erneuerung und Verjüngung der Professorenschaft Rechnung getragen.

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral est
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 26 février 2019

Modification de la loi sur les EPF : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de le consulter sur l'objet cité en titre.

Ses services ont examiné attentivement la question et le Gouvernement vous est reconnaissant de la qualité du travail effectué et des informations transmises. Il est de manière générale favorable aux modifications proposées. Il salue en particulier la création d'une base légale pour le recours aux services de sécurité et pour la vidéosurveillance qui doivent être clairement réglementés.

Le Gouvernement vous remercie de l'attention que vous porterez à sa prise de position et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Jacques Gerber
Président

Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



Bildungs- und Kulturdepartement

Bahnhofstrasse 18
6002 Luzern
www.bkd.lu.ch

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Department für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Christina Baumann

Christina.baumann@sbfi.admin.ch

Luzern, 05. Februar 2019. Februar 2019

Protokoll-Nr.: 107

Vernehmlassungsverfahren: Änderungen des ETH-Gesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie die Kantonsregierungen zum oben genannten Vernehmlassungsverfahren eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir die vorgeschlagene Teilrevision des ETH-Gesetzes grundsätzlich begrüssen.

Insbesondere die Umsetzung der Corporate Governance Regeln und die damit verbundenen klaren Ausstandsregeln sind gut und notwendig. Nicht ganz nachvollziehbar ist jedoch für uns, warum im ETH-Rat nicht vollumfänglich auf das Stimmrecht für die Mitglieder der beiden Hochschulen bzw. der Forschungsanstalt verzichtet wird. Diese Lösung wäre noch konsequenter und einfacher zu handhaben, als wie in Art. 25a ETH-Gesetz vorgesehen, das Stimmrecht für diese Ratsmitglieder in bestimmten Fällen einzuschränken und zwingende gesetzliche Ausstandsbestimmungen festzuschreiben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Einreichung einer Stellungnahme und die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Freundliche Grüsse

Reto Wyss
Regierungsrat

<mailto:christina.baumann@sbf.admin.ch>

Envoi par courrier électronique

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)
Palais fédéral est
3003 Berne

Modification de la loi sur les EFP – Prise de position

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous remercions le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche d'avoir consulté le canton de Neuchâtel sur la modification de la loi sur les écoles polytechniques fédérales (EPF).

Les documents qui nous ont été remis à cette occasion ont été soigneusement examinés et nous permettent de vous faire part de nos observations.

Le Conseil d'État partage l'avis, exprimé dans le rapport explicatif, que les modifications proposées n'emportent pas de conséquences spécifiques pour les cantons. Il prend acte des propositions de nouvelles dispositions et se limite à commenter les prescriptions concernant le Conseil des EPF et la politique du personnel.

Avec cette révision partielle sont introduits les deux principes directeurs du gouvernement d'entreprise relatifs à la séparation entre les niveaux stratégique et opérationnel. Le Conseil d'État salue l'esprit de cette nouvelle réglementation, qui renforce l'indépendance du Conseil des EPF et contribue ainsi à optimiser la conduite stratégique. Dans ce sens, s'il constate la tendance forte de soumettre la gouvernance d'établissement de formation et de recherche aux principes de la gouvernance d'entreprise, le Conseil d'État est rassuré de relever que les spécificités des premières l'ont emporté et que la pratique actuelle, qui permet notamment la présence des membres institutionnels au Conseil des EPF, est maintenue. Les cautions prévues en matière de droit de vote des membres institutionnels paraissent légitimes.

Le projet de loi aménage également de nouvelles possibilités en matière de rapport de travail, notamment, sur requête des professeurs, l'égalité de traitement quant à l'âge de la retraite ou l'engagement de professeurs-es au moyen de contrats de travail de droit privé. Le Conseil d'État comprend le besoin de souplesse, afin de mieux répondre aux besoins réels du monde académique. En même temps, il s'interroge sur l'éventuelle évolution de la politique du personnel vers une rémunération forfaitaire. Pareillement, si les acteurs du paysage des

hautes écoles en Suisse souhaitent promouvoir réellement la relève scientifique, il semble aussi primordial de garantir à l'avenir des conditions de travail qui conjurent le risque d'une précarisation des emplois. Il n'est pas exclu de penser que de permettre la multiplication de contrats successifs favorise cette évolution, ce qui n'est pas souhaitable à nos yeux.

En vous remerciant d'avoir sollicité notre avis, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 6 mars 2019

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Stans, 29. Januar 2019

Änderung des ETH-Gesetzes. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Von Bedeutung erscheinen uns im vorliegenden Geschäft die Änderungen im Bereich der Governance. Die Orientierung an den Vorgaben des Bundesrates zur *Ausgestaltung, Steuerung und Kontrolle von verselbständigten Einheiten des Bundes* erachten wir als Selbstverständlichkeit. In diesem Sinne begrüssen wir grundsätzlich die vorgesehene Stimmrechtseinschränkung und die Ausstandsregelung für die Mitglieder der beiden Hochschulen bzw. der Forschungsanstalt im ETH-Rat. Konsequenter und überdies im Sinne der genannten bundesrätlichen Vorgaben wäre aus unserer Sicht allerdings der vollständige Verzicht auf das Stimmrecht für diese sogenannten «institutionellen Mitglieder». Diese Lösung wäre nach unserem Verständnis nicht nur konsequenter sondern und einfacher zu handhaben.

Zu den übrigen Änderungen des ETH-Gesetzes, die hauptsächlich formaler Natur und also weniger bedeutend sind, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Res Schmid
Landammann

lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- christina.baumann@sbfi.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1262, BKD

A-Post

Eidgenössisches Deaprtement für Wirt-
schaft, Bildung und Forschung WBF
3000 Bern

Sarnen, 19. März 2019

Änderung ETH-Gesetz: Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen, dass wir im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des ETH-Gesetzes Stellung nehmen dürfen.

Der Kanton Obwalden begrüsst die dargestellten Änderungen des ETH-Gesetzes, insbesondere die Umsetzung der Corporate Governance Regeln und die damit verbundenen klaren Ausstandsregeln.

Gesamthaft gesehen sind von Seiten des Kantons Obwalden keine Einwände gegen die vorgesehenen Änderungen vorzubringen.

Freundliche Grüsse

Der Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements BKD

Christian Schäli
Regierungsrat

Kopie an:

- Staatskanzlei (zur Abschreibung des Geschäfts 2018-0686)

Bildungs- und Kulturdepartement BKD
Brünigstrasse 178, 6060 Sarnen
Postadresse: Postfach 1262, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 41
christian.schaeli@ow.ch
www.ow.ch





Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 15. März 2019

Änderung des ETH-Gesetzes; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. November 2018 laden Sie die Regierung des Kantons St.Gallen ein, zur geplanten Änderung des ETH-Gesetzes Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die gewährte Fristverlängerung und teilen Ihnen gerne mit, dass wir gegen die geplante Gesetzesänderung nichts einzuwenden haben.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident



Canisius Braun
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat _____

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBF
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003
auch per Mail (pdf+word) an:
christina.baumann@sbf.admin.ch

Schaffhausen, 26. Februar 2019

Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz): Stellungnahme des Kantons Schaffhausen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für die Änderung des ETH-Gesetzes.

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen begrüsst im Wesentlichen die vorgesehenen Gesetzesanpassungen in den Bereichen Energieverkauf, Personalpolitik, Aufsicht, Datenschutz, Sicherheitsdienste und Videoüberwachung im ETH-Bereich. Er befürwortet die Bestrebungen, die Corporate Governance Vorgaben des Bundes in der ETH-Gesetzgebung umzusetzen, ist aber der Ansicht, dass die Vorgaben in der vorgesehenen neuen Bestimmung betreffend die Einschränkung der Stimmrechte der institutionellen Mitglieder des ETH-Rates (Art. 25a Abs. 1 ETH-Gesetz) noch zu wenig konsequent umgesetzt werden. Im Einzelnen erlauben wir uns folgende Hinweise:

Art. 25a Abs. 1 ETH-Gesetz, Einschränkung des Stimmrechts der institutionellen Mitglieder des ETH-Rates

Im erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsverfahren wird ausgeführt, es sei nicht zielführend, die institutionellen Mitglieder des ETH-Rates lediglich als Beobachter ohne Stimmrecht an den Sitzungen des ETH-Rates teilnehmen zu lassen. Das Stimmrecht der institutionellen Mitglieder wird im Vernehmlassungsentwurf daher lediglich in besonders sensiblen Bereichen ausgeschlossen. Dies, weil es sinnvoll sei, dass sich die institutionellen Mitglieder an der Entscheidungsfindung aktiv und nicht lediglich passiv beteiligen könnten, da sie die Entscheide des ETH-Rates

ja in ihren Institutionen umsetzen müssten (vgl. Seite 7 des erläuternden Berichtes zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens vom 21. November 2018). Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen kann dieser Argumentation nicht zustimmen. Es ist fraglich, ob die strategische und die operative Führung noch als personell voneinander unabhängig eingestuft werden können, wenn Mitglieder der für die operative Führung zuständigen Organe in Angelegenheiten der strategischen Führung (vgl. Art. 25 Abs. 1 lit. a ETH-Gesetz) mitbestimmen dürfen. Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen ist der Auffassung, dass die institutionellen Mitglieder ihre Fachkenntnisse und die Bedürfnisse ihrer Institutionen als Sitzungsteilnehmer mit beratender Stimme ausreichend in die Entscheidungsfindung des ETH-Rates einbringen könnten. Allenfalls könnte den Vertretern der Schul- und Anstaltsleitungen dabei ein Antragsrecht eingeräumt werden wie es beispielsweise im Universitätsrat der Universität Zürich vorgesehen ist (vgl. § 28 Abs. 5 des Universitätsgesetz des Kantons Zürich vom 15. März 1998 [UniG; LS 415.11]).

Art. 17a ETH-Gesetz, Arbeitsverhältnisse des Personals sowie der Professorinnen und Professoren

Folgt man dem Wortlaut des Vernehmlassungsentwurfs vom 20. November 2018 (PDF-Version auf der Website des SBFI unter www.sbf.admin.ch/vn-eth, zuletzt aufgerufen am 19. Februar 2018), soll Art. 17a ETH-Gesetz betreffend die Lehraufträge ersatzlos durch den neuen Art. 17a betreffend die Arbeitsverhältnisse des Personals sowie der Professorinnen und Professoren ersetzt werden. Würde der Entwurf in dieser Form verabschiedet, wäre die Anstellung externer Lehrbeauftragter nach Obligationenrecht nicht mehr im ETH-Gesetz geregelt. Auf telefonische Nachfrage bestätigte uns die zuständige Auskunftsperson des SBFI, Frau Christina Baumann, dass dies nicht beabsichtigt sei und es sich dabei um ein redaktionelles Versehen handle. Wir gehen daher davon aus, dass die Vorlage noch entsprechend überarbeitet wird.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident

Ernst Landolt

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

19. Februar 2019

Vernehmlassung zur Änderung des ETH-Gesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung des ETH-Gesetzes.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen sind wir einverstanden und haben aus kantonaler Sicht keine Bemerkungen anzubringen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Fürst
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Per Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Schwyz, 5. Februar 2019

Vernehmlassung: Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz)
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie über die Änderung des ETH-Gesetzes die Vernehmlassung eröffnet und den Kanton Schwyz zu einer Stellungnahme eingeladen.

Die Neuregelungen betreffen die Umsetzung der Corporate Governance-Leitsätze, Anpassungen bei den personalpolitischen Bestimmungen und Änderungen in weiteren internen Bereichen. Gegen die revidierten Artikel des ETH-Gesetzes haben wir keine Einwände.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, unsere vorzügliche Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel



Dr. Mathias E. Brun, Landammann
Staatsschreiber

Kopie:

– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Herr Guy Parmelin
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 5. März 2019

Änderung des ETH-Gesetzes

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf für die Änderung des ETH-Gesetzes Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen haben hauptsächlich die Corporate Governance, die Personalpolitik und aufsichtsrechtliche Fragestellungen zum Inhalt. Der Kanton Thurgau ist von den Änderungen nicht direkt betroffen, weshalb wir auf eine ausführliche Stellungnahme verzichten. Die vorgeschlagenen Änderungen werden grundsätzlich begrüsst.

II. Bemerkungen zu Artikel 25a

Gemäss den Corporate-Governance-Vorgaben des Bundes müssen die Organe von verselbständigten Einheiten des Bundes personell voneinander unabhängig sein. Der neue Art. 25a im ETH-Gesetz sieht allerdings nur eine Einschränkung des bisher vollumfänglichen Stimmrechts der „institutionellen Mitglieder“ (beide Schulpräsidentinnen oder -präsidenten, eine Direktorin oder ein Direktor einer Forschungsanstalt sowie eine Vertretung der Hochschulversammlungen) des ETH-Rats vor. Sie sollen neu bei der Mittelzuweisung und bei Wahlvorschlägen für die Schulpräsidien kein Stimmrecht mehr haben. Bei Aufsichtsangelegenheiten haben sie in den Ausstand zu treten. Diese Ausstandsregelung ist zu begrüssen. Dass aber das Stimmrecht der „institutionellen Mitglieder“ im ETH-Rat nur eingeschränkt und nicht aufgehoben wird, ist nicht nachvollziehbar. Auch die Begründung auf S. 7 des erläuternden Berichts, dass die aktive Beteiligung der „institutionellen Mitglieder“ an der Entscheidungsfindung des ETH-Rats sinnvoll sei, da

2/2

sie die Entscheide umsetzen würden, vermag nicht einzuleuchten. Wir regen daher an, die Teilnahme der „institutionellen Mitglieder“ an den Sitzungen des ETH-Rats ohne Stimmrecht vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Segreteria di Stato per la formazione
la ricerca e l'innovazione SEFRI
Divisione Scuole universitarie
Einsteinstrasse 2
3003 Berna

Invio per posta elettronica
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Modifica alla legge sui Politecnici federali (PF): avvio della procedura di consultazione

Signor Consigliere federale

Con la lettera del 21 novembre 2018 il suo Dipartimento invitava gli enti interessati a prendere posizione in merito alla procedura di consultazione sulla modifica alla legge sui Politecnici federali. Ringraziamo per questa opportunità e presentiamo in forma sintetica le nostre osservazioni in merito.

A. Osservazioni generali

È apprezzabile che sia stato considerato il mutamento delle condizioni in cui agiscono i PF. In particolare l'art. 10a crea la base legale necessaria per rivendere l'energia prodotta anche dal CSCS di Lugano, specialmente per il teleriscaldamento, a favore, per esempio, del nostro nuovo Campus USI-SUPSI a Lugano.

Poiché i PF sono gestiti tramite mandato di prestazioni da parte della Confederazione e godono di autonomia per quanto attiene l'autodeterminazione nella definizione degli obiettivi, le finanze, il personale e l'organizzazione, preferiamo non entrare nel merito delle modifiche degli articoli 14 e 17 che sono legati appunto all'autonomia della gestione del personale, demandata al Consiglio dei PF, pur concordando sul delegare al Consiglio federale le competenze sui mandati dei consiglieri e le loro indennità.

Per quanto riguarda le modifiche dell'art. 25a, che precisano le competenze generali in materia di vigilanza del Consiglio dei PF, queste sono accolte favorevolmente e le nostre osservazioni specifiche sono indicate qui di seguito.

B. In merito all'articolo 25a sulla limitazione del diritto di voto e di ricsuzione

L'organizzazione interna del settore dei Politecnici federali deve poterne garantire il controllo e l'indipendenza, cosa che risulta difficile se all'interno del Consiglio, al quale questi compiti sono demandati, controllore e controllati siedono nello stesso seggio con diritto di voto. È inevitabile che le competenze di vigilanza determinino l'autonomia dei PF e degli istituti di ricerca: fino ad oggi il confine tra vigilanza e autonomia non era specificato nella legge sui PF. Infatti l'attuale art. 25 lettera f stabilisce che il Consiglio dei PF esercita la vigilanza sul settore dei PF e che nel Consiglio siedono i due presidenti dei PF oltre a un rappresentante degli istituti di ricerca e a un rappresentante del personale, tutti e quattro con diritto di voto.

I principi sanciti dal Consiglio federale in materia di governo d'impresa prevedono però che i membri dei Consigli d'amministrazione negli organi delle unità rese autonome debbano ricsuare e che, in caso di conflitto d'interessi permanente, debbano uscire dai rispettivi consigli d'amministrazione.

Applicando questa norma, i due Presidenti e i due rappresentanti delle istituzioni di ricerca e del personale dovrebbero essere esclusi dal Consiglio dei PF. La modifica di legge prevede invece una soluzione *ad hoc*, poiché l'esperienza dal 2003 ad oggi ha dimostrato che la loro presenza comporta anche aspetti molto positivi per quanto attiene la coesione delle istituzioni e l'informazione di prima mano sui grandi progetti scientifici. La proposta prevista all'art. 25a cpv. 1 è togliere loro il diritto di voto per quanto concerne: l'assegnazione dei fondi (lettera a), le proposte di candidatura dei presidenti delle scuole e dei direttori degli istituti di ricerca (lettera b) nonché la nomina dei membri della Commissione di ricorso dei PF (lettera c). Oltre a ciò, il cpv. 2 dello stesso articolo richiama i già esistenti motivi di ricsuzione nel caso di proposte di candidatura concernenti il proprio istituto, di elezione di un'autorità di ricorso su questioni che li riguardano (regolamento interno, approvazione della relazione sulla gestione, decisioni riguardanti l'infrastruttura della Commissione di ricorso dei PF, come eventuali investimenti, l'acquisto di un sistema di gestione degli affari, l'accesso a una banca dati giuridica). In caso di candidature alla Presidenza della Scuola politecnica, il rappresentante delle assemblee universitarie non dovrà necessariamente ricsuarsi, tuttavia non godrà del diritto di voto.

Per tutti i membri del Consiglio dei PF restano inoltre validi i motivi generali di ricsuzione secondo l'articolo 10 della Legge federale del 20 dicembre 1968 sulla procedura amministrativa (interessi personali o di parenti o affini).

Dal lato pratico ci si chiede se l'applicazione di questa lunga lista di casi, in cui il voto non viene concesso, non sia troppo complicata e se invece non sarebbe più opportuna la partecipazione dei quattro rappresentanti dei PF alle sedute del Consiglio dei PF con voto consultivo. Ciò permetterebbe infatti di non perdere gli effetti positivi di coesione e di informazione all'interno del Consiglio, garantendo però maggiore chiarezza nella ripartizione dei ruoli.

Conclusioni

In conclusione riteniamo che le modifiche previste siano da accogliere favorevolmente, in particolare quelle che precisano le competenze generali in materia di vigilanza del Consiglio dei PF. Per motivi di *governance*, alla presenza dei due Presidenti e dei due responsabili senza diritto di voto, è da preferire la presenza con voto consultivo, che permette di poter approfittare delle loro competenze, mantenendo il valore del voto a titolo di parere.

Voglia gradire signor Consigliere federale l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Claudio Zali

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia:

- Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport (decs-dir@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation (SBFI)
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

**Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz);
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Änderung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz; SR 414.110) Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden. Wir begrüßen namentlich die Umsetzung der Corporate-Governance-Regeln und die damit verbundenen klaren Ausstandsregeln; diese sind gut und notwendig.

Für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen, danken wir.

Altdorf, 1. Februar 2019

Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann: Roger Nager
Der Kanzleidirektor: Roman Balli

Réf. : MFP/15024895

Lausanne, le 20 février 2019

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat se réfère au courrier du Chef du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) du 21 novembre 2018 concernant l'ouverture de la procédure de consultation sur la modification de la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales (LEPF).

Le Conseil d'Etat vous remercie pour l'invitation à prendre position dans ce cadre et accueille favorablement les modifications apportées en terme de gouvernance et de gestion du personnel du domaine des EPF, que le Conseil fédéral propose en tant que collectivité responsable de ces hautes écoles, sous réserve des précisions demandées dans les points développés ci-après.

Traitement des données et des informations personnelles dans l'enseignement

Le Conseil d'Etat formule quelques remarques d'ordre général sur l'article 36 LEPF :

Art. 36a al. 3 LEPF : le Conseil des EPF, les EPF et les établissements de recherche ont la possibilité de recourir à des procédés ou processus d'analyse systématique de données du personnel par voie électronique. Cette possibilité laisse envisager que le traitement des données de collaborateurs sera effectué comme des *Big Data*. L'introduction d'une telle base légale est surprenante, cela d'autant plus que la disposition apparaît vague (utilisation du terme « notamment », pas de précision quant aux finalités de l'analyse systématique, etc.) et ne pose aucun garde-fou.

Art. 36f LEPF : le rapport explicatif précise que « Le traitement et l'analyse des données liées à ces services vont au-delà de l'administration des étudiants et peuvent aussi englober des données personnelles sensibles ; l'art. 36f fonde la base légale de ces activités. ». Or, le traitement de données personnelles sensibles n'est pas prévu dans la teneur actuelle de l'art. 36f. Il convient d'y remédier, des données sensibles ne pouvant être collectées que si une loi au sens formel le prévoit expressément ou si, exceptionnellement, l'accomplissement d'une tâche clairement définie dans une loi au sens formel l'exige absolument, le Conseil fédéral l'a autorisé ou si la personne concernée y a consenti ou a rendu ses données accessibles à tout un chacun et ne s'est pas opposée formellement au traitement (art. 17 de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données (LPD ; RS 235.1)).

Services de sécurité

Art. 36h al. 2 LEPF : les services de sécurité (internes ou externes) constitués par les EPF peuvent traiter des données permettant d'identifier une personne et des informations relatives aux infractions commises contre les prescriptions relatives à la protection des personnes et des équipements présents sur les sites des EPF et des établissements de recherche. Le Conseil d'Etat demande d'apporter une précision à la loi quant aux traitements de données autorisés dans ce cadre, ceci afin d'éviter par exemple que des atteintes à la personnalité ne soient portées en cas de conservation de données d'étudiants ou de collaborateurs des EPF. Ces précisions auraient trait à la durée de la conservation des données ou encore à des mesures de transparence.

Art. 36g et 36h al. 1 LEPF : la question du *périmètre* sur lequel des données pourront être collectées se pose également. La notion de « sites des EPF et des établissements de recherche » n'apparaît pas suffisamment claire pour le Conseil d'Etat. Le message se réfère en effet uniquement aux bâtiments, mais sans apporter de précisions sur une éventuelle surveillance extérieure de ceux-ci. Le Conseil d'Etat demande de spécifier que des données sensibles pourront être traitées, ce qui ne semble pas être possible dans la version actuelle du projet (cf. commentaire précédent).

Art. 36g al. 2 et 36h al. 3 LEPF : le Conseil d'Etat estime que l'exigence posée à l'art. 36h al. 3 LEPF - prévoyant que les systèmes de traitement des données collectées en application de la tâche dévolue par les EPF devront être séparés sur les plans physique et logique des autres systèmes de traitement des données du tiers prestataire pour limiter les risques d'atteinte à la personnalité des personnes concernées - n'est pas suffisante. Des garanties supplémentaires devraient être introduites (pouvoir d'audit des EPF et des établissements de recherche, interdiction de tout détournement de la finalité, etc.).

En vous remerciant d'avance de l'attention portée à la position du gouvernement vaudois, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER

Nuria Gorrite

Vincent Grandjean

Copies

OAE

DGES

Christina.baumann@sbfi.admin.ch (format PDFet Word)



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung
Forschung und Innovation SBF
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

6. Februar 2019 (RRB Nr. 113/2019)
Änderung des ETH-Gesetzes (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des ETH-Gesetzes Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und äussern uns wie folgt:

Grundsätzlich haben wir keine Einwendungen gegen die vorgesehenen Gesetzesänderungen. Die Gründe für die Änderung der einzelnen Bestimmungen sind nachvollziehbar und die neuen Regelungen sind gerechtfertigt.

Zu folgenden Bestimmungen haben wir Bemerkungen:

Art. 17a Abs. 3 des Entwurfs ist eine Delegationsbestimmung, die bisher in der Rahmenverordnung zum Bundespersonalgesetz (SR 172.220.11) enthalten war. Im erläuternden Bericht wird dazu ausgeführt, dass für die Delegationsmöglichkeit anderslautende gesetzliche Bestimmungen vorbehalten blieben. Darunter falle beispielsweise die Anstellung von Professorinnen und Professoren gemäss dem neuen Art. 17a Abs. 5, die nicht delegierbar sei. Die Einschränkung der Delegationsmöglichkeit kommt im Wortlaut der Bestimmung nicht zum Ausdruck. Aufgrund dessen Tragweite und im Sinne der Rechtssicherheit regen wir an, Art. 17a Abs. 3 mit einem Satz zu ergänzen, wonach anderslautende gesetzliche Bestimmungen vorbehalten bleiben.

In Art. 36h Abs. 1 des Entwurfs ist das Wort «vorschriftswidrig» zu unbestimmt. In Anbetracht dessen, dass diese Bestimmung die Grundlage für eine Einschränkung des Grundrechts der persönlichen Freiheit gemäss Art. 10 der Bundesverfassung (BV, SR 101) darstellt, erachten wir eine konkretere Formulierung als notwendig. Wir schlagen folgende Umschreibung vor:

«Die Sicherheitsdienste nehmen (...). Sie dürfen Personen befragen und Ausweiskontrollen vornehmen. Zudem dürfen sie Personen, die gegen die Zutritts- und Benützungordnung verstossen, anhalten, kontrollieren und wegweisen.»



Die neu vorgesehene Regelung über die Videoüberwachung (Art. 36i des Entwurfs) berührt das Recht auf Schutz der Privatsphäre (Art. 13 Abs. 2 BV). Gemäss den Ausführungen im erläuternden Bericht soll Videoüberwachung vereinzelt und verhältnismässig eingesetzt werden. Aufzeichnungen seien gemäss dem Verhältnismässigkeitsprinzip stets so schnell wie möglich zu löschen, wenn sie nicht für ein Verfahren oder aufgrund eines sicherheitsrelevanten Vorfalls benötigt würden. Wir regen an, entweder im ETH-Gesetz selber oder in einer Ausführungsbestimmung auf Verordnungsebene – analog zur Regelung in Abs. 4 – eine Frist festzulegen, innert der Aufzeichnungen zu löschen sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



Per Mail: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 14. März 2019

Vernehmlassung: Änderung des ETH-Gesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Bildung und Forschung sind Quellen unseres Wohlstands. Sie sind das Fundament einer starken Wissensgesellschaft und einer starken Volkswirtschaft. Die Achtung der Autonomie, sowie die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung stellen zentrale Pfeiler für die Hochschulen dar, sie sollen weiterhin sichergestellt sein. Dies ist für die CVP zentral. Die Vorlage des Bundesrates muss dahingehend geändert werden, dass die Autonomie der Lehre und Forschung gewährleistet ist. Dies bedingt, dass Artikel 37 Absatz 2bis gestrichen und Artikel 25 Absatz 4 zumindest überarbeitet, wenn nicht gestrichen wird. Für die CVP sind diese zwei Änderungen essentiell. Die weiteren Änderungen werden grundsätzlich unterstützt.

Artikel 25 Absatz 4

„Er übt die Aufsicht über den ETH-Bereich aus; er kann den ETH und den Forschungsanstalten insbesondere Empfehlungen abgeben, Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen.“

Die sprachliche Ausgestaltung des Artikels ist nicht ideal. Weiter birgt dieser Artikel Gefahr, dass die Autonomie der ETH-Institutionen eingeschränkt wird. Der ETH-Rat könnte direkt Massnahmen gegen Mitarbeitende oder Einheiten des ETH-Bereiches ergreifen, ohne dass die betroffenen Institutionen konsultiert würden oder diese im Verfahren involviert wären. Für die CVP ist die Wahrung der Autonomie der Forschung und Lehre sehr wichtig. Deshalb

fordern wir, dass dieser Artikel ganz gestrichen wird. Eine Alternative wäre noch, den Teilsatz „Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen“ zu streichen und den Rest klar zu überarbeiten. Die CVP wehrt sich nicht dagegen, wenn der ETH-Rat nur Empfehlungen abgeben möchte.

Artikel 37 Absatz 2bis

„Den ETH und den Forschungsanstalten steht kein Beschwerderecht zu gegen Entscheide des ETH-Rates nach den Artikeln 16a Absätze 1 und 2, 25 Absätze 1 Buchstaben a, c, d, e, g und 4, 33a Absatz 3, 34b bis Absatz 1, 34d Absatz 3 und 35b Absatz 2.“

Die Abschaffung des Beschwerderechts der ETH-Institutionen und der Forschungsanstalten gegen Entscheide des ETH-Rates ist für die CVP nicht tragbar. Das Beschwerderecht bei wichtigen Entscheiden des ETH-Rates ist zwingend nötig. Die ETH-Institutionen und Forschungsanstalten könnten gegen wichtige Entscheide des ETH-Rates, die in die Autonomie der Institutionen in unzulässigem Masse eingreifen, kein ordentliches Rechtsmittel mehr ergreifen. Sie hätten nur noch die Möglichkeit, eine Aufsichtsbeschwerde gegen den ETH-Rat beim Bundesrat einzureichen. Meinungsverschiedenheiten politisch anzufechten, schadet der Reputation des gesamten ETH-Bereiches. Die CVP fordert daher die ersatzlose Streichung des Artikels 37 Absatz 2bis.

Weitere Bemerkungen

Die CVP befürwortet die Flexibilisierung des Rentenalters und die Änderung von Artikel 17a Absatz 5 und Absatz 6. Entsprechend begrüssen wir, dass die Weiterbeschäftigung von hervorragenden Professorinnen und Professoren über das AHV-Alter hinaus möglich wird. Wichtig ist uns dabei, dass die Erneuerung und Verjüngung der Professorenschaft durch Anstellungen nach dieser Änderung nicht beeinträchtigt werden. Dies wird jedoch mit der Vorlage gewährleistet.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche
et à l'innovation SEFRI
3003 Berne

Berne, le 6 mars 2019/ nr
VL_Loi_EPF

Par email: christina.bauman@sbfi.admin.ch

Modification de la loi sur les EPF Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux soutient le projet de révision partielle de la loi sur les EPF. Les écoles polytechniques fédérales suisses bénéficient tant en Suisse qu'à l'étranger d'une excellente image. Elles représentent le fer de lance des hautes écoles suisses. Néanmoins, Il est indispensable que ces institutions bénéficient de structures efficaces et garantissant l'indépendance des deux écoles polytechniques fédérales. De plus, les principes directeurs du gouvernement d'entreprise doivent être implémentés.

Le PLR soutient particulièrement plusieurs permettant à garantir aux institutions de bénéficier d'une plus grande liberté. Il s'agit en particulier de l'art. 10 réglementant (enfin) la vente d'énergie excédentaire, de l'art. 17a, al. 5 concernant la possibilité d'employer des professeurs une fois l'âge de la retraite passé et le chapitre 6b permettant la mise en place d'un service de sécurité.

Par contre, le PLR rejette les mesures interférant de manière significative dans les libertés des deux écoles polytechniques. Ceci est notamment le cas pour l'art. 25, al. 4 qui prévoit que le Conseil des EPF puisse prendre des mesures concernant les EPF. Celles-ci pourraient être décidées sans consulter les EPF. Le Contrôle fédéral des finances (CDF) recommande une meilleure définition de la fonction du Conseil des EPF, tout en garantissant l'autonomie des institutions. La formulation choisie ne garantit pas cette dernière. Les EPF doivent pouvoir bénéficier d'un droit de recourir contre les décisions du Conseil des EPF. Or, l'art. 37 al. 2^{bis} restreint de manière disproportionnée ce droit de recours en l'interdisant pour un grand nombre de décisions du Conseil des EPF. Pour finir, le PLR demande à ce que le régime en matière d'échec définitif suite à des examens soit revu. Pour cela, il conviendrait d'ajouter un alinéa 3 à l'article 16 limitant l'exclusion du cursus des études à 5 ans en cas d'échec définitif.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général

Petra Gössi
Conseillère nationale

Samuel Lanz



Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation SEFRI
Division Hautes écoles
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : christina.baumann@sbf.admin.ch

Berne, le 8 mars 2019

Modification de la loi sur les EPF
Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant projet de modification de la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales (EPF) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Appréciation générale

Le Parti socialiste suisse (PS) a pris connaissance avec intérêt de la révision partielle de la loi sur les EPF. La présente modification vise essentiellement à mettre en œuvre deux principes directeurs du gouvernement d'entreprise. Elle prévoit également la création des bases légales relatives à la vente de l'énergie excédentaire autoproduite ou achetée, à la protection des données ainsi qu'aux services de sécurité et à la vidéosurveillance. Dans l'ensemble, le PS approuve les nouvelles dispositions, en particulier pour ce qui est des règles en matière de récusation. En matière de politique du personnel et de sécurité, nous demandons quelques corrections du projet soumis à notre appréciation.

Commentaire des dispositions

Vente d'énergie (art. 10a)

Les EPF et ses établissements de recherche achètent de l'énergie pour environ 50 millions de francs par an sous la forme d'électricité, de différents combustibles et d'énergie provenant des réseaux de chaleur à distance. Une partie de l'énergie achetée (6%) est revendue à des tiers. Elle provient principalement du réseau de chaleur à distance au centre-ville de Zurich et des campus de Höggerberg et d'Ecublens. Ces reventes sont dues aux fluctuations d'énergie produite par les réseaux de chaleur à distance. L'énergie non-utilisée est revendue pour des considérations économiques et énergétiques, ce que le PS soutient sans réserve. Eu égard aux défis futurs qui attendent la Suisse en matière énergétique, le PS partage les

Parti socialiste
Suisse

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



considérations du Conseil fédéral et approuve la création de la base légale requise à cet effet.

Politique en matière de personnel (art. 14, 17 et 17a)

En ce qui concerne le corps enseignant, la révision propose d'assouplir la durée des contrats des professeur-e-s assistant-e-s. Le Conseil fédéral justifie sa proposition pour mieux prendre en considération les périodes définies pour l'obtention d'un encouragement par le Fonds national suisse (FNS) ou par d'autres sources de financement de tiers (art. 14, al. 3). Désormais, les contrats seront conclus pour une durée déterminée et seront prolongeables pour une période de huit ans au plus. Actuellement, les professeur-e-s assistant-e-s sont nommé-e-s pour une période de quatre ans, renouvelable une seule fois. Le PS est défavorable à cette modification puisqu'il s'agit d'une détérioration des conditions d'engagement des professeur-e-s assistant-e-s. Certes, les encouragements du FNS peuvent être octroyés sur des périodes moins longues, mais l'employeur/euse dispose de suffisamment de flexibilité pour prendre les mesures requises si un engagement à durée indéterminée s'avère impossible.

En outre, pour la première fois, la loi sur les EPF mentionnera la loi sur le personnel de la Confédération (LPers). Il sera désormais précisé que le Conseil fédéral est tenu de suivre la LPers en ce qui concerne les conditions d'engagement des membres à plein temps du Conseil des EPF, des présidents des écoles et des directeurs des établissements de recherche (art. 17, al. 1). Nous soutenons ces nouvelles dispositions.

L'art. 17a, al. 1 règle la qualité d'employeur du Conseil des EPF ainsi que sa compétence pour fixer les rapports de travail du personnel dans des ordonnances soumises à l'approbation du Conseil fédéral. Ce dispositif correspond aux directives de la Confédération sur le gouvernement d'entreprise et reçoit le soutien du PS. En revanche, le Conseil fédéral propose, à l'art. 17a, al. 2, de donner la compétence au Conseil des EPF de déroger à l'art. 15, al. 1 de la LPers pour fixer des critères pour des salaires forfaitaires afin de régler les rapports de travail de durée déterminée liés à la formation (doctorants) ou à des projets de recherche financés par des tiers. Il justifie cette modification par le fait que les critères de la LPers seraient peu appropriés pour déterminer le salaire et son évolution de ces catégories de personnel particulières. Actuellement déjà, la rémunération de ces emplois est fixée de manière forfaitaire. Les critères déterminant le salaire et son évolution sont les exigences du poste, les normes des bailleurs de fonds et le temps de travail effectivement consacré à l'école ou à l'établissement de recherche. Le PS s'oppose à cette compétence de dérogation. A nos yeux, il est important que les niveaux de salaires ne soient pas revus à la baisse et que cette modification ne conduise pas à une précarisation du personnel concerné. Ainsi, les références aux barèmes salariaux du FNS ne sont pas pertinentes. Ces dernières prévoient un salaire brut mensuel de 3'929 francs, ce qui est inacceptable pour une activité de recherche scientifique compte tenu des exigences du poste et du temps de travail effectivement consacré à l'école ou à l'établissement de recherche.

Par ailleurs, nous nous opposons fermement à la possibilité de soumettre le personnel administratif et technique à une rémunération forfaitaire. Ces personnes doivent être engagées par un contrat de durée indéterminée et bénéficier d'une évolution conforme au système de rémunération en vigueur dans les EPF. Or, la création de la catégorie de collaboratrices/eurs engagé-e-s « pour des missions d'infrastructure de durée déterminée » ouvre la voie vers l'engagement de personnel administratif

et technique pour une durée déterminée à travers l'augmentation du financement par des tiers.

Le PS rejette la possibilité octroyée au Conseil des EPF pour établir des contrats de travail de droit privé (art. 17a, al. 4 et 5). Le PS conteste l'argument mis en avant par le Conseil fédéral qui réside dans un souhait d'accroître la flexibilité au niveau de la détermination des rapports de travail pour ce qui est des professeur-e-s souhaitant travailler au-delà de l'âge de la retraite. En clair, il s'agit de permettre aux EPF de s'écarter des conditions de résiliation plus strictes prévues à l'art. 13 de l'ordonnance sur le corps professoral des EPF. Le Conseil fédéral ne fournit de surcroît aucune explication sur l'alinéa 4 et la nécessité d'offrir une telle flexibilité pour les besoins spécifiques de l'enseignement et de la recherche. De plus, aucun âge limite n'est fixé pour la poursuite d'une activité au-delà de l'âge de la retraite ordinaire. Nous estimons que cela ne devrait plus être admis à partir de 70 ans.

Le Conseil fédéral propose d'augmenter l'attractivité internationale des EPF auprès des femmes scientifiques en inscrivant dans la loi la possibilité de rester employées jusqu'à l'âge ordinaire de la retraite de leurs collègues masculins (art. 17a, al. 6). Le PS estime que cela constitue une augmentation déguisée de l'âge de la retraite des femmes et rejette cette nouvelle disposition. L'objectif poursuivi ne se réalisera pas en prenant une pareille mesure en fin de carrière académique. Les EPF devraient, pour ce faire, adopter une stratégie en début de carrière académique pour améliorer la proportion des femmes au sein du corps professoral.

Précision concernant la surveillance des EPF (art. 25)

Conformément au rapport du Contrôle fédéral des finances, le Conseil fédéral souhaite préciser la fonction de surveillance du Conseil des EPF. La base légale actuelle se heurte au principe d'autonomie des EPF et des établissements de recherche. Il sied donc de limiter la surveillance du Conseil des EPS à la surveillance de l'entité ou surveillance de collectivité. Ainsi, le Conseil des EPF ne pourra pas établir de directives dans des matières relevant de la sphère d'autonomie des institutions. Il pourra toutefois se prononcer sur les cas où les institutions font l'objet d'une dénonciation. Le PS est favorable à ces précisions.

Limitation du droit de vote et récusation (art. 25a)

Le Conseil fédéral souhaite adapter la loi afin de mieux correspondre aux principes directeurs relatifs au gouvernement d'entreprise. En effet, selon le régime en vigueur, le directeur d'un établissement de recherche et une représentation des assemblées des écoles sont membres du Conseil des EPF (membres institutionnels) et disposent d'un droit de vote illimité. Cela est contraire au principe directeur qui veut qu'une personne n'appartienne pas à plusieurs organes d'une entité devenue autonome. Toutefois le Conseil fédéral affirme que la présence des quatre membres institutionnels aux séances du Conseil des EPF est importante pour le bon fonctionnement du conseil et du domaine des EPF. Aussi propose-t-il de renoncer à une mise en œuvre complète de ce principe directeur et de limiter le droit de vote des membres institutionnels dans certaines affaires ou de spécifier leur récusation dans la loi. Cela permet d'associer les membres institutionnels à la prise de décision. Ainsi, les quatre membres institutionnels du Conseil des EPF n'auront plus le droit de vote concernant la répartition des fonds et la proposition de candidats pour la nomination des présidents des écoles et des directeurs des établissements de recherche ni pour la nomination des membres de la Commission de recours interne des EPF (art. 25a, al. 1). En outre, les présidents des écoles et le directeur de l'établissement de recherche se récusent lors de questions relatives à la surveillance et



d'affaires en rapport avec la surveillance des finances. Le PS manifeste son soutien à ces précisions.

Service de sécurité et vidéosurveillance (art. 36g, 36h et 36i)

L'EPFZ, l'EPFL, le PSI et l'Empa entretiennent leur propre service de sécurité (*security*). Or une base légale fait défaut pour la mise en place de services de sécurité et leurs activités. Certes l'ordonnance sur la sécurité relevant de la compétence fédérale (OSF) donne aux EPF la compétence de prendre les mesures de sécurité nécessaires pour la protection des bâtiments, mais le Conseil fédéral estime que la mission des services de sécurité va au-delà et qu'il n'y a pas de délimitation nette entre la protection des bâtiments et celle du personnel, des étudiants et de visiteurs. Cela étant, le Conseil fédéral propose de créer une base légale y relative (art. 36g). Il y a lieu également de préciser les pouvoirs et compétences desdits services de sécurité (art. 36h). Ainsi, ils seront autorisés à exercer le droit interne dans les bâtiments, interroger des personnes, procéder à des contrôles d'identité, et interpellier, contrôler et expulser les personnes dont le comportement n'est pas conforme aux prescriptions.

Le PS exige un amendement du projet soumis à son appréciation afin que la police soit compétente pour assurer la sécurité des EPF. Aucun service de sécurité privé ne peut se substituer à la police. Aussi le PS estime-t-il que le transfert de ces tâches à des fournisseurs de prestations privés va trop loin. Il n'y a pas lieu de toucher au principe selon lequel le monopole de la puissance publique appartient aux organes de l'Etat. En principe, il appartient à l'Etat – et non pas à des opérateurs privés – d'assurer le maintien de l'ordre et de la sécurité des EPF et de leurs sites. Dans le droit constitutionnel, la police veille à la sécurité intérieure. Les prestataires de sécurité privés ne devraient intervenir qu'à titre subsidiaire et dans un cadre extrêmement précis. Nous demandons une adaptation du projet dans ce sens.

La confiance dans le monopole de la puissance publique est une condition décisive pour garantir la sécurité intérieure. Pour que cette confiance ne soit pas entamée, il faut offrir la certitude qu'il n'en sera pas abusé. Cela suppose un certain degré de professionnalisme que l'on retrouve en règle générale uniquement chez la police. La police jouit d'une excellente réputation au sein de la population, car elle agit de manière professionnelle, dans le cadre d'une surveillance politique claire, et car elle se montre proche des citoyennes et des citoyens.

Les entreprises de sécurité privées peuvent en général offrir leurs prestations à un coût plus avantageux que la police, car elles posent des exigences bien plus faibles en matière de qualification du personnel et car elles peuvent faire pression sur les salaires. La sécurité et la confiance dans l'Etat ont un prix. Les enjeux sont beaucoup trop grands pour que l'on accepte l'externalisation d'une tâche relevant du service public à des prestataires privés afin de faire des économies.

Pour ce qui est des compétences du service de sécurité (art. 36h), nous nous opposons à ce que celui-ci puisse prendre des mesures coercitives telles que l'interrogation de personnes, des contrôles d'identité, des interpellations ou encore les expulsions. Ces mesures relèvent du monopole de la puissance publique. L'accomplissement de fonctions régaliennes de l'Etat n'incombe pas à des services de sécurité privés, dont les compétences doivent se limiter aux droits de toute citoyenne et de tout citoyen. En outre, nous demandons de compléter les dispositions de manière à ce que les prestataires de sécurité privés soient soumis à une obligation de rendre



compte ainsi qu'à une surveillance politique, par analogie à ce qui est fait dans le domaine de la police.

En matière de vidéosurveillance (art. 36i), le PS rappelle qu'elle porte atteinte aux droits de la personnalité et qu'une vidéosurveillance insuffisamment cadrée serait contraire au principe de proportionnalité. Sur le principe, nous nous rallions à la proposition du Conseil fédéral, mais demandons que la vidéosurveillance soit limitée de telle sorte que les auditoires et les bureaux ne soient pas surveillés. Nous soutenons l'al. 3, qui prévoit que les enregistrements peuvent être communiqués uniquement aux autorités de poursuite pénale ou aux autorités auprès desquelles les EPF ou les établissements de recherche portent plainte ou font valoir des droits. Pour garantir le droit à l'autodétermination informationnelle, l'al. 4 est particulièrement important car il prescrit la destruction des enregistrements au bout d'une certaine période.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

E-Mail:
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 8 März 2019

Änderung ETH-Gesetz

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die SVP teilt die Änderungen des ETH-Gesetzes weitgehend, hat jedoch Vorbehalte gegenüber der Weiterbeschäftigung von Professoren über die Altersgrenze hinaus sowie einer gesetzlichen Verpflichtung zur Schaffung eines eigenen Sicherheitsdienstes.

Die SVP erwartet von der ETH mehr Forschungszusammenarbeit sowie Austausch mit den Spitzen-Hochschulen in Grossbritannien und den USA, welche im aktuellen QS-Ranking vor der ETH platziert sind. Die Schweizer Hochschulen, ihre Professoren und Studierenden, wären gut beraten, sich an dieser «Champions League» zu orientieren, anstatt viel Zeit und Geld in teure EU-Programme wie «Horizon» & Co. zu investieren. Die besten Hochschulen aus der Rest-EU findet man nämlich erst hinter dem 30. Rang. Eine Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit Grossbritannien ist insbesondere nach einem allfälligen Austritt des UK aus der EU von grosser Bedeutung. Doch die dortigen Hochschulen sind oftmals privatwirtschaftlich geführt. Entsprechend lohnt es sich, gewisse Rahmenbedingungen der ETH anzupassen.

Begrüsst werden von der SVP die personalrechtlichen Änderungen im Gesetz, die privatwirtschaftlichen Charakter haben und der ETH flexibleren Handlungsspielraum bieten.

./.

Weiterbeschäftigung von Professoren über die Altersgrenze hinaus

Professoren sind bei Erreichung der Altersgrenze die wohl teuersten Leute einer Hochschule. Die SVP unterstützt eine Weiterbeschäftigung von Professoren über das AHV-Alter hinaus nur, wenn sichergestellt ist, dass diese mit privatrechtlichen Arbeitsverträgen geregelt wird (maximale Dauer der Beschäftigung, Möglichkeit der beidseitigen ordentlichen Kündigung sowie Verzicht auf die Fortführung der beruflichen Vorsorge). Die Höhe des Lohnes muss auf 40 Prozent des Maximallohns eines ordentlichen Professors im betreffenden Jahr festgesetzt werden.

Die Weiterbeschäftigung eines «alten» Professors darf nicht zu Mehrkosten führen. Sie muss im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrats also bei der Erneuerung und Verjüngung der Professorenschaft kompensiert werden. Einerseits wird damit eine Explosion der Lohnkosten verhindert, andererseits wird so sichergestellt, dass Professoren wirklich nur in begründeten Fällen und in kleiner Anzahl über das Pensionsalter hinaus weiterbeschäftigt werden. Es muss zudem sichergestellt sein, dass es sich hier um Ausnahmefälle handelt und keine allgemeine oder automatische Weiterbeschäftigung über das gesetzliche Rentenalter hinaus geschaffen wird.

Energieverkauf

Die SVP ist einverstanden damit, dass die ETH überschüssige Energie verkaufen kann. Dies soll aber nicht zu einem Kerngeschäft der ETH – mit entsprechend aufgeblähtem Personalbestand – sondern muss im Rahmen des bestehenden Personalbestandes realisiert werden.

Sicherheitsdienste

Die ETH und die Forschungsanstalten sollen, wenn nötig, primär die Polizei oder Dritte mit der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung auf ihrem Areal beauftragen. Die SVP hat Vorbehalte gegenüber dem Art. 36g. Dieser hat zur Folge, dass die ETH einen eigenen Sicherheitsdienst nicht definierter Grösse mit weitgehenden Befugnissen (Personenkontrollen, Videoüberwachung usw.) aufbauen kann. Dieser Gesetzesartikel schafft eine Grundlage für enorme Mehrkosten.

Beschwerderecht

Unterstützen kann die SVP hingegen die Einschränkungen beim Beschwerderecht gegen Entscheide des ETH-Rates (Art. 37 Abs. 2bis). Dies, ebenfalls im Sinne des flexibleren Handlungsspielraums.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Albert Rösti
Nationalrat

Emanuel Waeber



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Hochschulen
Hochschulpolitik
Frau Christina Baumann
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Ausschliesslich per E-Mail: christina.baumann@sbfi.admin.ch

5. März 2019

Vernehmlassung zur Änderung des ETH-Gesetzes: Stellungnahme von economiesuisse

Sehr geehrte Frau Baumann

Mit Schreiben vom 21. November 2018 hat Alt-Bundesrat Schneider-Ammann economiesuisse eingeladen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des ETH-Gesetzes eine Stellungnahme einzureichen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung, die wir gerne wahrnehmen.

Unsere Stellungnahme basiert auf einer breit abgestützten Umfrage bei den interessierten Branchenverbänden, den kantonalen Industrie- und Handelskammern und den Mitgliedern der „Kommission Bildung und Forschung“ von economiesuisse.

Wir bedanken uns für die Beachtung unserer Überlegungen und Anträge.

1 Vormerkungen

Die Qualität der Forschung und Lehre des ETH-Bereichs spielt eine essenzielle Rolle in der Schweizer Hochschullandschaft. Der ETH Bereich ist ein Treiber für die hohe Qualität der inländischen Universitäten und setzt die Messlatte hoch an. Die anderen Schweizer Universitäten wollen und müssen im Qualitätswettbewerb bestehen, weil sie sonst im Kampf um die besten Talente auf Studenten- und Forscherseite das Nachsehen hätten. Auch zeigt die ETH, welche finanziellen Mittel und welcher unternehmerische Freiraum für den Betrieb einer international kompetitiven Hochschule nötig sind.

Die positive Entwicklung des ETH-Bereiches insgesamt hat wesentlich damit zu tun, dass die Institutionen über ausreichende Mittel und über ein hohes Mass an Autonomie verfügen. Eine möglichst grosse Autonomie ist entscheidend dafür, dass sich die Institutionen des ETH-Bereiches gut entwickeln.

Die Revision des ETH-Gesetzes von 2003 enthielt grosse Errungenschaften: Mit der Einführung eines Globalbudgets und der abschliessenden Aufzählung der Aufgaben des ETH-Rats wurde die Autonomie der ETH-Institutionen gestärkt. Dies zahlte sich aus: Neben der sehr erfolgreichen EPFL ragt die ETH Zürich im internationalen Vergleich heraus. In den drei renommiertesten Universitäts-Rankings ist sie jeweils die beste nicht angelsächsische Hochschule der Welt. Auch die anderen Institutionen des ETH-Bereichs wie die EMPA, das WSL oder das PSI verfügen über eine hohe Reputation. Seit 2003 haben sich die Institutionen des ETH-Bereichs also äusserst positiv entwickelt, dank der Autonomie. Aus Sicht der Wirtschaft wäre eine Einschränkung der Autonomie der Institutionen des ETH-Bereichs nicht nur falsch, sondern würde dem Werk- und Denkplatz Schweiz langfristig grossen Schaden zufügen. Es gilt zu verhindern, dass zusätzliche Kompetenzen an den ETH-Rat delegiert werden. So wäre es falsch, den ETH-Rat als Rechtspersönlichkeit zu definieren. Zudem ist der ETH-Rat auch die falsche Institution, um das Immobilienportfolio der einzelnen Institutionen zu bewirtschaften. Solche Ideen geistern herum, auch wenn sie nicht in der jetzigen Revision angegangen werden. economiesuisse würde sich aber entschieden gegen solche Bestrebungen wenden.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Eingabe von economiesuisse zu lesen: Es darf nicht sein, dass die Autonomie der ETH-Institutionen in irgendeiner Art beeinträchtigt wird. Wegen eines einzelnen Hundebisses muss man nicht gerade alle Hunde verbieten. Ähnliches trifft für einzelne Vorfälle innerhalb des ETH-Bereiches zu: Wenn die Erstellung einer Immobilie zu Problemen geführt hat, muss man die Kompetenzen deswegen nicht gleich neu ordnen. Oder wenn ein Professor mit den Spesen geschummelt hat, braucht es deswegen nicht eine zusätzliche Kompetenz des ETH-Rates, ohne die Mitwirkung der betroffenen Institution eine Administrativuntersuchung einleiten zu können. Autonomie ist ein hohes Gut, mit dem man sehr sorgsam umgehen muss.

2 Autonomieeinschränkungen der ETH-Institutionen verhindern

Die vorgeschlagene Gesetzesrevision verändert an zwei Stellen das Zusammenspiel zwischen ETH-Rat und den einzelnen Institutionen des ETH-Bereichs wesentlich. Der ETH-Rat erhielte eine Weisungskompetenz, womit er in unzulässiger Weise in die Autonomie der Institutionen eingreifen könnte. Da zusätzlich das Beschwerderecht der einzelnen Institutionen eingeschränkt werden soll, sind die Institutionen gegenüber einer Weisung des ETH-Rates selbst dann ausgeliefert, wenn diese nicht im Geist und Buchstaben dem ETH Gesetz entsprechen würde.

Art. 25 Abs. 4

«Der ETH-Rat übt die Aufsicht über den ETH-Bereich aus; er kann den ETH und den Forschungsanstalten insbesondere Empfehlungen abgeben, Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen.»

Abgesehen davon, dass der Satz sprachlich unglücklich ist, birgt er die grosse Problematik einer überzogenen Einflussnahme des ETH-Bereichs auf die Autonomie der ETH-Institutionen. Denn dieser Artikel führt dazu, dass der ETH-Rat direkt Massnahmen gegen Mitarbeitende oder Einheiten des ETH-Bereichs ergreifen könnte, ohne dass die betroffene Institution konsultiert wird oder diese im Verfahren involviert ist. Dies wäre ein unzulässiger und entmündigender Eingriff in die Autonomie der betroffenen Institution.

Wir beantragen daher, die Änderung von Art. 25 Abs. 4 zu streichen. Eventualiter ist der Teilsatz «Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen» zu streichen.

Art. 37 Abs. 2bis

«Den ETH und den Forschungsanstalten steht kein Beschwerderecht zu gegen Entscheide des ETH-Rates nach den Artikeln 16a Absätze 1 und 2, 25 Absätze 1 Buchstaben a, c, d, e, g und 4, 33a Absatz 3, 34bbis Absatz 1, 34d Absatz 3 und 35b Absatz 2.»

Ein Beschwerderecht ist bei wichtigen Entscheiden des ETH-Rates zwingend: Würde der ETH-Rat Entscheide fällen, die in die Autonomie der Institutionen in unzulässigem Masse eingreifen, könnte dagegen kein ordentliches Rechtsmittel ergriffen werden. Es bliebe nur die Möglichkeit, dass die Institutionen eine Aufsichtsbeschwerde gegen den ETH-Rat beim Bundesrat einreichen. Doch ein politisches Kräftemessen kann nicht im Interesse der ETH-Institutionen sein.

Meinungsverschiedenheiten politisch auszufechten, würde der Reputation des gesamten ETH-Bereichs grossen Schaden zufügen. Mit Art. 37 Abs. 2bis würde eine Weisung des ETH-Rates unverzüglich Rechtskraft erhalten, selbst wenn diese in unzulässiger Weise in die Autonomie einer Institution eingreifen würde.

Aus diesen Überlegungen beantragen wir, Art. 37 Abs. 2bis ersatzlos zu streichen.

3 Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 10a Abs. 2

Die Institutionen des ETH-Bereichs sollen frei über die Mittel bestimmen, welche sie aus dem Energieverkauf erzielen. Eine Abstimmung bzgl. der Verwendung der Mittel aus diesen wohl eher in Ausnahmefällen zustande kommenden Transaktionen mit dem Bundesrat scheint eine Überadministration darzustellen. Abs. 2 von Art. 10a sollte daher mit einer Formulierung ersetzt werden wie «Die ETH und Forschungsanstalten können über die Erträge aus den Verkäufen eigenständig entscheiden.»

Art. 14 Abs. 3

Die Änderung ist zu begrüssen.

Art. 17a Abs. 5 und Abs. 6

Es ist zu begrüßen, dass die Institutionen die Möglichkeit erhalten, hervorragende Wissenschaftler auch über das Pensionsalter hinaus zu beschäftigen. Es mutet sonderbar an, dass Frauen mit 64 in den Ruhestand treten müssen. Die Anpassungen in Art. 17a Abs. 5 und Abs. 6 sind daher zu begrüßen.

Art. 25a Abs. 1 Bst. a

Für die Qualität der Entscheidungen des ETH-Rates ist es zwingend, dass die vier institutionellen Mitglieder an den Sitzungen des ETH-Rates anwesend sind und ihre Sichtweise einbringen können. Es ist sehr zu begrüßen, dass dies auch weiterhin gewährleistet wird. In der Praxis wird sich wohl wenig ändern, sollten die institutionellen Mitglieder wie vorgeschlagen bei bestimmten Geschäften nicht stimmberechtigt sein. Schon bisher traten die Mitglieder jeweils in den Ausstand, wenn ein Geschäft ihre Institution direkt betroffen hat. Auch bei Budgetentscheiden ist es im Prinzip nachvollziehbar, dass die Mitglieder nicht stimmberechtigt sind. Und dennoch kann die Gesetzesrevision zu Problemen führen, wenn gleichzeitig ein stärkerer Eingriff des ETH-Rates möglich würde über Art. 25 Abs. 4 und Art. 37 Abs. 2bis (siehe die Bemerkungen im voranstehenden Abschnitt).

economiesuisse kann den vorgeschlagenen Art. 25a Abs. 1 Bst. a nur dann akzeptieren, wenn gleichzeitig Art. 25 Abs. 4 und Art. 37 Abs. 2bis gestrichen werden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Monika Rühl
Vorsitzende der Geschäftsleitung

Prof. Dr. Rudolf Minsch
Chefökonom

Christina Baumann
Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche
et à l'innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

christina.baumann@sbf.admin.ch

Berne, le 12 février 2019

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF

Madame, Monsieur,

L'Union syndicale suisse (USS) vous remercie de l'avoir invitée à s'exprimer sur la modification de la loi sur les EPF. Elle vous transmet par la présente sa position.

1 Renouvellement des contrats des professeur-e-s assistant-e-s

L'article 14, al. 3 prévoit de prolonger plusieurs fois les contrats de travail de durée déterminée des professeur-e-s assistant-e-s jusqu'à la durée maximale de huit ans. Auparavant, les professeur-e-s assistant-e-s étaient nommé-e-s pour une période de quatre ans au maximum, renouvelable une seule fois.

Pour l'USS, cette modification représente une détérioration des conditions d'engagement des professeur-e-s assistant-e-s. Il s'agit en effet d'une flexibilisation qui profite seulement à l'employeur. S'il est vrai que des encouragements du FNS peuvent être octroyés sur de plus courtes périodes, le report du risque sur les seuls professeur-e-s assistant-e-s est inacceptable. Selon les dispositions légales actuelles, ils sont déjà soumis à des contrats de durée déterminée résiliables selon la procédure ordinaire. Cela donne suffisamment de flexibilité à l'employeur si l'engagement à durée indéterminée souhaitable ne devait pas être envisageable. L'USS demande donc de renoncer à cette modification.

2 Délai pour que des CDD soient réputés CDI

L'USS soutient la suppression de l'article 17a alinéa 2 actuel au profit d'un renvoi général aux dispositions de la LPers. L'art. 9 al. LPers stipule que « Le contrat de durée déterminée est conclu pour trois ans au plus; au-delà, les rapports de travail sont réputés de durée indéterminée. Les contrats de durée déterminée qui se succèdent sans interruption sont réputés de durée indéterminée lorsqu'ils ont duré trois ans. ». Cette modification représente donc une amélioration de la situation actuelle qui fixait la limite à cinq ans.

3 Rémunération forfaitaire pour les doctorant-e-s et chercheurs-euses

L'article 17a, al. 2 et 3 prévoient que le Conseil des EPF définit dans l'ordonnance sur le personnel les critères déterminant la rémunération des catégories de personnel particulières (collaborateurs qui sont engagés pour une durée déterminée à des fins de formation, pour des projets de durée déterminée et financés par des tiers ou pour des missions d'infrastructure de durée déterminée). Pour les salaires forfaitaires, il s'agit notamment de respecter les barèmes salariaux du Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS).

L'USS demande de supprimer la partie de phrase « ou pour des missions d'infrastructure de durée déterminée ». En effet, le personnel administratif et technique est soumis au Conseil des EPF. Il doit bénéficier d'un contrat de travail de durée indéterminée et d'une évolution salariale conforme au système de rémunération en vigueur dans les EPF. Lors de discussions antérieures, le Conseil des EPF nous a assuré à plusieurs reprises que les contrats de durée déterminée pour le personnel administratif et technique constituaient une exception. Les projets de recherche financés par des fonds de tiers ne font pas exception à la règle. Un bureau d'architecture n'embauche pas de nouveau personnel administratif, mais dispose également d'employés permanents et les planifie pour les projets. La création de cette catégorie de personnel ouvre les portes à l'engagement de personnel administratif et technique pour une durée déterminée à travers l'augmentation du financement par des tiers. L'USS rejette donc la mention de cette catégorie de personnel et demande la suppression de cette partie de phrase.

L'USS est d'avis que les barèmes salariaux du FNS prévoient des salaires insuffisants pour les doctorant-e-s eu égard aux exigences du poste et au temps de travail effectivement consacré à l'école ou à l'établissement de recherche. En effet, pour les doctorant-e-s, qui sont titulaires d'un master, un salaire annuel brut de 47'040.- (3'920.- mensuel brut), est inacceptable pour une activité de recherche scientifique. Le barème est tiré de l'annexe 12 du FNS : Fourchettes salariales, directives pour les collaboratrices et collaborateurs, et charges sociales forfaitaires du 1.12.2018. L'USS est d'avis qu'il est pertinent de définir des barèmes salariaux adaptés aux catégories de personnel des EPF, mais que les références aux barèmes salariaux du FNS sont inadéquates.

4 Engagement des professeur-e-s par contrat de droit privé

L'article 17a, al. 4 prévoit que le Conseil des EPF peut établir des rapports de travail de droit privé avec les professeur-e-s. L'art. 6, al. 5 LPers prévoit que « Le Conseil fédéral peut soumettre au CO certaines catégories de personnel, notamment le personnel auxiliaire et les stagiaires, lorsque cette mesure se justifie. Il peut édicter des règles minimales applicables à ces rapports de travail ». L'USS considère que les professeur-e-s ne font pas partie du personnel auxiliaire ni des stagiaires. De plus, force est de constater que les critères démontrant les besoins spécifiques de l'enseignement et de la recherche justifiant cette pratique ne sont pas définis. Par conséquent, c'est la porte ouverte à l'arbitraire. L'USS estime que les professeur-e-s doivent être engagés sur des contrats de droit public et demande donc que cette disposition soit supprimée.

5 Possibilité de contrat de droit privé pour les professeurs engagés au-delà de l'âge de la retraite

L'article 17a al. 5 prévoit que le Conseil des EPF peut conclure un contrat de droit privé avec un-e professeur-e au-delà de l'âge de la retraite. L'USS est d'avis que les professeur-e-s doivent être engagés sur des contrats de droit public. Elle réfute l'intérêt des deux parties dans la flexibilité de la résiliation des rapports de travail en s'écartant des strictes conditions de résiliation prévues à l'art. 13 de l'ordonnance sur le corps professoral des EPF. L'USS demande donc que cette disposition soit supprimée.

6 Possibilité pour les femmes professeures de travailler jusqu'à l'âge de la retraite des hommes

L'article 17a al. 6 prévoit que des femmes professeures peuvent, à leur demande, rester engagées jusqu'à l'âge de la retraite des hommes. L'USS s'oppose à l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes professeures sous prétexte d'attractivité internationale. Quant à la préoccupation légitime d'augmentation de la proportion de femmes dans le corps professoral, elle doit être réalisée au travers d'une stratégie intervenant dès le début de la carrière académique et non à la fin de celle-ci.

7 Système d'information concernant le personnel

L'article 36a prévoit le recours à des systèmes d'information concernant le personnel. L'USS est d'avis que cet article devrait être soumis au préposé fédéral à la protection des données, qui devrait notamment se pencher sur le traitement des données personnelles (quelles données, à quelles fins, etc.) et la transmission de ces données en interne et aux autorités. Les droits des personnes concernées (consultation des données, suppression des données, etc.) doivent également être garantis. L'USS demande la révision complète de cette lettre.

8 Services de sécurité

L'article 36g al. 2 prévoit que les EPF et les établissements de recherche peuvent confier les prestations de sécurité à des services de sécurité privés. Or, les EPF disposent de leur propre service de sécurité interne. Lors de discussions antérieures, nous avons reçu des garanties que le service de sécurité ne sera pas externalisé. L'USS s'oppose à la possibilité donnée à des services de sécurité privés d'intervenir dans les locaux des EPF et des établissements de recherche. Elle demande par conséquent la suppression des alinéas art. 36g al. 2 et art. 36h al. 3. De plus, l'USS demande que l'art. 36h al. 4 soit soumis au préposé fédéral à la protection des données afin de déterminer quelles informations peuvent être transmises aux autorités de police fédérales et cantonales et sous quelles conditions.

9 Vidéosurveillance

L'article 36i prévoit l'introduction de la vidéosurveillance sous prétexte d'assurer la protection du personnel. L'USS estime que cette notion vague de protection du personnel est un véritable blanc-seing pour la surveillance généralisée des employé-e-s dans les amphithéâtres, les laboratoires, les bureaux, les entrées, les cafétérias. Selon le préposé fédéral à la protection des données, « Les installations de vidéosurveillance sont généralement mal perçues par les employés et détériorent le climat de travail dans l'entreprise. Elles peuvent porter atteinte au bien-être, à la santé psychique et donc à la productivité des collaborateurs. ». De plus, « La vidéosurveillance des employés dans le domaine du commerce de détail est interdite, car elle porte atteinte à la sphère privée des employés, voire à leur intimité ou à leurs relations familiales, le plus souvent sans que les employés en soient informés ». Il n'y a donc aucune raison valable d'autoriser la vidéosurveillance dans les EPF. L'USS préconise l'interdiction fondamentale de la surveillance des employé-e-s ainsi que le droit au respect de la vie privée avec indication des voies de recours. Elle demande donc la suppression de cette lettre.

En vous remerciant de bien vouloir prendre note de nos remarques, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

UNION SYNDICALE SUISSE

Vania Alleva
Vice-présidente

Giorgio Tuti
Vice-président

Laura Perret Ducommun
Première secrétaire adjointe

Eidgenössisches Department für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Fellerstrasse 15
3003 Bern

Per E-Mail an:
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 19. Februar 2019 sgv-Da/ak

Vernehmlassungsantwort: Änderung des ETH-Gesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie uns eingeladen, zu den vorgeschlagenen Änderungen des ETH-Gesetzes Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und machen gerne davon Gebrauch. Unsere Ausführungen stützen sich auf eine interne Umfrage bei unseren interessierten Mitgliedorganisationen und wir bitten Sie höflich, auch deren direkt eingegangene Stellungnahmen zu berücksichtigen.

Einleitende Bemerkungen

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Bildungsfragen gehören seit jeher zum Kerngeschäft des sgv. Neben der Berufsbildung und höheren Berufsbildung, die unsere Mitgliedorganisationen besonders betreffen, sind auch Themen wie Exzellenz in der akademischen Bildung sowie Forschung und Entwicklung besonders wichtig. Die Revision des ETH-Gesetzes hat deshalb auch für den sgv eine wichtige Bedeutung, zählen doch die beiden ETH und ihre Forschungsanstalten zu den weltweit führenden Bildungseinrichtungen im Hightech Bereich.

Zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen

Der sgv begrüsst grundsätzlich die vorgeschlagenen Neuregelungen. So ist die Trennung der strategischen und der operativen Ebene im Bereich des Wahl- und Stimmrechts der institutionellen Mitglieder des ETH-Rats im Rahmen der Corporate Governance-Leitsätze zweifellos richtig, ebenso die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für den Verkauf von selbst erzeugter oder gekaufter überschüssiger Energie sowie für die neuen Bestimmungen in Kapitel 6b zum Thema Sicherheit (Sicherheitsdienste und Videoüberwachung).

Die personalpolitischen Änderungen (Wahl und Anstellungsdauer von Assistenzprofessorinnen und -professoren) sind ebenfalls angebracht, braucht es doch heute gerade im Bildungswesen mehr Flexibilität.

Art. 17a Abs. 4 Arbeitsverhältnisse des Personals sowie der Professorinnen und Professoren

Grundsätzlich befürwortet der sgv den Vorschlag, dass der ETH-Rat im Rahmen des Bundespersonalgesetzes Vorschriften für privatrechtliche Arbeitsverhältnisse von Professorinnen und Professoren erlassen kann. Der sgv fordert aber, dass diese Aktivitäten in der Privatwirtschaft auf eigene Rechnung zu erfolgen haben und ohne dass die ETH oder eine Forschungsanstalt am Risiko oder allenfalls an einem Misserfolg beteiligt werden darf.

Art. 37 Rechtsschutz - Art. 37 Abs. 2^{bis}

Mit all diesen Neuerungen werden die Kernkompetenzen des ETH-Rates stark erweitert. Da es sich trotz Autonomie und Exzellenz um eine Institution des Bundes handelt, die zum grössten Teil durch Steuergelder finanziert wird, erwartet der sgv, dass der Bundesrat als oberstes Aufsichtsorgan diese Zuständigkeitserweiterung des ETH-Rates genau beobachtet und dem Parlament laufend Bericht erstattet.

Wir danken für die Kenntnisnahme und stehen für weitere Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat

Christine Davatz
Vizedirektorin

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF1
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Per E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Zürich, 8 März 2019

Änderung des ETH-Gesetzes – Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Guy Parmelin

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit geben, zur vorgeschlagenen Revision des ETH-Gesetzes Stellung zu nehmen.

actionuni der Schweizer Mittelbau betrachtet die in Art 14. vorgeschlagene Flexibilisierung der Anstellungsdauer der Assistenzprofessorinnen und -professoren kritisch. Für Assistenzprofessorinnen und -professoren sowie für ihre Angestellten (u.a. Post-Docs und PhDs) ist es wichtig, ein Minimum an beruflicher und ökonomischer Planungssicherheit zu haben. Assistenzprofessorinnen und -professoren verfügen über substanzielle Personal- und Infrastrukturmittel und sind damit wesentlich für die Forschung und wissenschaftliche Ausbildung ihrer Angestellten verantwortlich. Daher lehnen wir die vorgeschlagene Änderung zur kompletten Flexibilisierung der Vertragsdauer ab. Im Gegenzug schlagen wir vor, um sowohl Planungssicherheit als auch Flexibilisierung zu erreichen, dass der erste Vertrag mindestens 4 Jahre dauern sollte und weitere Verträge bis zur Vollendung des achten Anstellungsjahres in ihrer Dauer flexibel sein können. Zusätzlich soll der Anteil der Positionen mit Tenure Track für Assistenzprofessorinnen und -professoren gesteigert werden, um eine bessere Karriereplanung zu ermöglichen.

Bezüglich der Änderungen der Regelungen zu den Arbeitsverhältnissen des Personals sowie der Professorinnen und Professoren (Art. 17) möchten wir folgende Punkte anmerken:

Erstens haben wir nichts dagegen einzuwenden, dass dem ETH-Rat die Kompetenz übertragen wird, Kriterien für Pauschallöhne aufzustellen. Jedoch sollen die Pauschallöhne auch im Falle privater Drittmittelgeber gelten. So sehen es auch die [Richtlinien des SNF](#) vor.

Zweitens unterstützen wir die Regelungen zur Anstellung von Professorinnen und Professoren über die Altersgrenzen hinaus, solange es sich bei solchen um Einzelfälle, basierend auf der wissenschaftlichen Leistung der Person handelt. Es muss jedoch bei einer Verlängerung über das Pensionierungsalter hinaus zwingend eine neue Professorenstelle besetzt werden, um der Verjüngung des Professorinnen- und Professorenkörpers nicht entgegen zu stehen.

Bezüglich des vorgeschlagenen neuen Art. 25a regen wir an, dass die in Art. 32 des ETH-Gesetzes festgeschriebenen Mitwirkungsrechte Vorrang gegenüber den "Corporate Governance"-Richtlinien des Bundes haben sollen. Aus diesem Grund soll die oder der Delegierte der Hochschulversammlung (Mitglied nach Art. 24, Ziffer 1 d) ihr oder sein volles Stimmrecht behalten. Eine solche Regelung steht besser im Einklang mit der Bottom-up-Kultur der akademischen Mitwirkung.

Die Schaffung eines effizienteren Personal-Informationssystems (Art 36a) begrüßen wir. Dieses sollte jedoch strikt auf die Erfüllung der Pflichten des Arbeitgebers beschränkt sein. Insbesondere dürfen Daten nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung der Mitarbeitenden für Forschungszwecke verwendet werden (vgl. BPG/LPers Art. 27, Ziffer 4) können. Ferner würden wir anregen, die Personaldatenbank mit den Daten der Doktoratsadministration systematisch abzugleichen, um auf Probleme schneller aufmerksam zu werden.

Zuletzt scheint es bezüglich Art. 36 Ziffer f geboten, die Art der Daten sowie das genaue Ziel und den Zweck der Datenerhebung und -verwaltung in den Ausführungsbestimmungen zu präzisieren. Der Artikel ist in der aktuellen Form sehr umfassend. Zusätzlich darf die Videoüberwachung (Art. 36 Ziffer i) nur für die Sicherheit und den Schutz von Personal, Studierenden, Besuchern, Infrastruktur und Betrieb dienen und darf nicht zweckentfremdet werden (wie z.B. Arbeitszeitüberwachung).

Mit freundlichen Grüßen
actionuni der Schweizer Mittelbau



Salome Adam
Co-Präsidentin actionuni

Von: [Röthlisberger Markus](#)
An: [Baumann Christina SBF](#)
Cc: [Kalt Angelika](#); [Egger Matthias](#); [Blatter Inge](#)
Betreff: Vernehmlassung des SNF zur Änderung des ETH-Gesetzes
Datum: Donnerstag, 21. Februar 2019 11:44:17

Sehr geehrte Frau Baumann

Der SNF dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme in oben erwähnter Angelegenheit. Folgende Punkte scheinen uns erwähnenswert:

- Der SNF begrüsst es, dass die Revision insbesondere der Artikel 14 und 17a Abs. 2 die Modalitäten der SNF-Zusprachepraxis berücksichtigt.
- Betreffend Artikel 17 Absatz 5 und 6 gibt der SNF zu bedenken, dass er bei diesen Anstellungen über das AHV-Alter hinaus von den Gesuchstellenden stets den Nachweis der Anstellung verlangen muss, weil sie vom ETH-Rat gemäss Gesetzesentwurf nur ausnahmsweise gewährt werden.

Für allfällige Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Markus Röthlisberger

Markus Röthlisberger, Fürsprecher

Stv. Leiter Direktionsstab/Recht

Schweizerischer Nationalfonds (SNF)
Wildhainweg 3, Postfach 8232, CH-3001 Bern
Telefon: +41 31 308 21 11
markus.roethlisberger@snf.ch | www.snf.ch

Konferenz der Dozierenden an Universitäten (VSH-AEU), Pädagogischen Hochschulen (SGL) und Fachhochschulen (fh-ch)

Conférences des Enseignant-e-s des universités (VSH-AEU), des Hautes Ecoles Pédagogiques (SSFE), et des Hautes Ecoles Spécialisées (fh-ch)



Herrn
Bundesrat
Guy Parmelin
Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Schwanengasse 2
3001 Bern

per Mail an christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 15. März 2019

Stellungnahme zur Änderung des ETH-Gesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Baumann

swissfaculty, die gemeinsame Dachorganisation der Dozierenden aller drei Hochschultypen, bedankt sich beim Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, dass sie zur Vernehmlassung zur Änderung des ETH-Gesetzes eingeladen wurde. swissfaculty hat mit ihrer Mitgliedsorganisation der universitären Dozierenden (Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden, VSH-AEU) die folgenden Kommentare erarbeitet.

Art 14, Absatz 3: Die Flexibilisierung der Anstellungsverträge von Assistenzprofessorinnen und Assistenzprofessoren ist angebracht, sollte aber nicht dazu führen, dass die Anstellungen für die Betroffenen mit mehr Unsicherheiten verbunden sind und prekärer werden als bisher.

Art 17a, Absatz 1: Die Formulierung «soweit das vorliegende Gesetz nichts Abweichendes bestimmt» verweist implizit auf im Folgenden (Ziffer 4) näher umschriebenen neuen Anstellungsvarianten für Professorinnen und Professoren. Die Arbeitsverhältnisse von Professorinnen und Professoren sollen aus der Sicht der Dozierenden jedoch ganz überwiegend weiterhin, auch angesichts und trotz weltweit zu beobachtender Tendenzen einer «Flexibilisierung» der Lehrkörper durch temporäre Anstellungen und neue Anstellungsvarianten (cf. «Third Space»), nach dem BPG erfolgen. Insbesondere universitäre Hochschulen bedürfen einer soliden Basis von längerfristig engagierten Fachleuten, die nicht nur den Forderungen der Tagespolitik genügen, sondern Lehr- und Forschungsgebiete mit angemessener perspektivischer Gestaltungskraft und intellektueller Freiheit vertreten können und dürfen. Es wird daher gewünscht, «...nichts Abweichendes bestimmt, in der Regel nach dem BPG⁶.» zu schreiben.

Art. 17a, Absatz 2: «Lehrbeauftragte» kommen im neuen Text nicht mehr vor. Es werden nur «befristet angestellte Mitarbeitende» genannt, für Forschungsprojekte oder Infrastrukturaufgaben und «zu Ausbildungszwecken». Dieser letzte Ausdruck ist begrifflich unklar, weil nicht deutlich wird, wer ausgebildet werden soll. Wahrscheinlich sind Doktorierende und Postdoktorierende gemeint, die ausgebildet werden sollen. Wenn man damit jedoch auch Lehraufträge meint, wird diese Formulierung weder der Wichtigkeit der Lehrbeauftragten noch ihrem Ansehen gerecht. Lehrbeauftragte bieten in vielen Fällen höchst willkommene Zugänge zu innovativen Entwicklungen, die ausserhalb der Hochschule stattfinden und so zwanglos und speditiv in vorhandene Curricula integriert werden können.

Art 17a, Absatz 5: Beschäftigung über die Pensionierung hinaus, ohne Belastung des Stellenplans und bei geringer Belastung des Budgets kann sinnvoll sein, allerdings nicht nur in den erwähnten Fällen, sondern z.B. auch in der Lehre ganz allgemein, bei der Betreuung von Studierenden oder in «technology transfer»-Projekten.

Art 17a, Absatz 6: Sehr begrüssenswert ist diese Gleichstellung der Professorinnen.

Art 25, Absatz 4: Die Aufsichtspflicht des ETH-Rates wird hier mit expliziten und sehr generellen Rechten erweitert. Diese Änderung wird mit einem Hinweis auf «corporate governance»-Leitsätze begründet und sollte unserer Meinung nach gründlich überdacht werden, um die Eigenheiten einer Hochschule nicht zu vernachlässigen. Eine Aktiengesellschaft (inklusive bundesnahe Betriebe wie die Post oder Ruag) mit Aktionären, Verwaltungsrat und Exekutive ist nur vordergründig analog zu einer Hochschule oder Forschungsanstalt und der Triade Bevölkerung/Bundesrat, Schulrat und Schulpräsidium. Die verstärkte Trennung von Deliberation, strategischer Planung und Ausführung, wie sie die Gesetzesänderung vorsieht, ist für eine Hochschule unangebracht und widerspricht den Grundforderungen einer intellektuellen Diskursethik, die alle Betroffenen in freier, ungezwungener Deliberation zur Entscheidungsfindung zu integrieren sucht. Der strategische Sachverstand ist gerade in den Schulleitungen und den Lehrkörpern besonders ausgeprägt. Das Wesen der Hochschule als Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden gründet auf der Kreativität von Individuen. Die Tendenz zur Führung «von oben» hier so betont und allgemein hervortreten zu lassen, ist ein Schritt in die falsche Richtung und kann sogar für neutrale Beobachter erschreckend wirken. Die im erläuternden Bericht angeführten Beweggründe lassen sich unseres Erachtens auch über bestehende rechtliche Grundlagen (insbesondere Personalrecht) regeln.

Die Umstände und Inhalte für Schulratsaufträge etc. nach Art 25, Absatz 4 sollten daher klarer abgegrenzt werden. Bei den allermeisten Themen halten wir die Schulpräsidenten für vertrauenswürdiger und kompetenter als die übrigen Schulratsmitglieder. In diesem Sinne sind sowohl die Einschränkung des Stimmrechts (Art 25a) als auch und insbesondere die teilweise Abschaffung des Beschwerderechts, vor allem in wichtigen Angelegenheiten (Art 37, Absatz 2) stossend und in der jetzigen Form abzulehnen.

Mit bestem Dank für die Möglichkeit, zur Änderung des ETH-Gesetzes Stellung nehmen zu können, und freundlichen Grüssen

Für den fh-ch, Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz
Hervé Bourrier, Präsident



Für die SGL, Schweizerische Gesellschaft für Lehrerinnen und Lehrerbildung
Richard Kohler, Präsident



Für die VSH-AEU, Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden/ Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université
Christian Bochet, Präsident





Prise de position du Conseil suisse de la science sur le projet de révision partielle de la loi sur les écoles polytechniques fédérales (EPF)

08.03.2019

Madame, Monsieur,

Le Conseil suisse de la science (ci-après: CSS) fait part de sa position dans le cadre de la procédure de consultation du projet de révision de la loi sur les écoles polytechniques fédérales, qui a lieu du 21 novembre 2018 au 8 mars 2019.

Le CSS a délibéré du projet de révision à l'occasion d'une séance plénière. Des membres extérieurs au domaine des EPF, d'autres affiliés au domaine des EPF ainsi qu'un membre du Conseil des EPF ont participé aux débats.

Le CSS se prononce sur les deux points suivants: la gouvernance au sein du Conseil des EPF (art. 25a) et le droit d'employer des professeurs par le biais de contrats de travail de droit privé (art. 17a, al. 4-5).

Limitation du droit de vote et récusation (art. 25a)

Les changements proposés au sujet de la gouvernance sont à saluer, même s'ils sont pour une large part déjà suivis dans la pratique actuelle du Conseil des EPF. Il est important que les membres du Conseil des EPF ayant une fonction exécutive (membres ex officio) s'abstiennent de voter la répartition des fonds et les nominations importantes et se récusent lorsqu'il est question de la surveillance de leur institution.

Contrats de travail de droit privé (art. 17a, al. 4-5)

Le projet de loi ne présente pas clairement s'il existe des situations, en plus des cas de professeurs engagés à titre exceptionnel au-delà de l'âge de la retraite, dans lesquelles le Conseil des EPF sera autorisé à employer un professeur selon un contrat de droit privé. Le CSS préconise d'ajouter la phrase suivante à la fin de l'art. 17a, al. 4: «Le Conseil fédéral précise dans quelles circonstances un engagement selon un contrat de droit privé est admissible.»

En espérant que cette intervention vous sera utile, je vous adresse, Madame, Monsieur, mes salutations distinguées.

Gerd Folkers,
Président du Conseil suisse de la science

Teilrevision ETH Gesetz

Sehr geehrte Frau Baumann

Wir möchten uns für die Gelegenheit bedanken, zur Teilrevision des ETH-Gesetzes Stellung beziehen zu können. In den folgenden Abschnitten werden wir auf die verschiedenen Aspekte der Teilrevision eingehen. Der VSETH ist als Studierendenvertretung stolz darauf, an einer weltweit renommierten Hochschule die Studierenden vertreten zu dürfen. Der ETH-Bereich trägt erheblich zum Wohlstand der Schweiz bei. Eine wesentliche Grundlage der enorm positiven Entfaltung der Eidgenössisch Technischen Hochschulen ist die grosse Autonomie, die der Bund den ETH gewährt. Auch in Zukunft muss diese Freiheit, die die Institutionen im ETH-Bereich geniessen, aufrecht erhalten werden. Mit dem Vorschlag zur Teilrevision des ETH-Gesetzes wird diese Autonomie teilweise eingeschränkt. Insbesondere die Einschränkung des Beschwerderechts geht aus Sicht des VSETH in die falsche Richtung. Die wachsende Kontrolle und Überwachung des Campus gilt es aufs Notwendigste zu beschränken. Finden Sie deshalb anbei unsere detaillierten Kommentare.

Artikel 10: Energieverkauf

Der VSETH begrüsst, dass der Energieverkauf der ETH und den Forschungsanstalten auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird.

Artikel 14: AssistenzprofessorInnen

Die Flexibilisierung der Anstellungsverhältnisse darf nicht zu einer erhöhten Unsicherheit bei den AssistenzprofessorInnen führen. Insbesondere die systematische Verkürzung der Arbeitsverträge ist zu vermeiden.

Artikel 17: Arbeitsverhältnisse

Der VSETH nimmt die Verlängerung der Anstellung von ProfessorInnen über das Pensionsalter hinaus zur Kenntnis. Es muss allerdings gewährleistet werden, dass Nachwuchsforschende keine Nachteile in Bezug auf Ressourcen und finanzielle Mittel davontragen.

Artikel 25: Aufgaben

Der VSETH lehnt den neu eingeführten Absatz 4 ab. Der VSETH befürchtet, dass so in die Autonomie der Hochschulen unverhältnismässig eingegriffen wird. Die heute gültige Regelung reicht aus Sicht des VSETH aus, um die Aufsicht über den ETH-Bereich sicherzustellen. Das Aufsichtsrecht des ETH-Rats beschränkt sich auf die Verbandsaufsicht. Insofern ist die Möglichkeit, von Mitarbeitenden der ETH-Institutionen Auskunft zu verlangen und Massnahmen gegen Angehörige der Hochschulen und Forschungsanstalten zu verhängen, nicht verhältnismässig. Bei Artikel 25a Absätze 1 und 2 fordern wir, dass die Vertretung der beiden Hochschulversammlungen uneingeschränktes Stimmrecht bei allen Abstimmungen hat. Die Einschränkung des Stimmrechts für die Schulpräsidenten und die Vertretung der Forschungsanstalten ist nachvollziehbar. Allerdings vertritt das Mitglied nach Art. 24 Absatz 1 Buchstabe d keine spezifische Schule und hat somit auch kein Interesse daran, bei den Wahlvorschlägen der Schulpräsidenten und Direktoren der Forschungsanstalten Interessen zu vertreten, die den Corporate Governance-Richtlinien widersprechen würden.

Artikel 36f: Umgang mit Personendaten in der Lehre

Der VSETH begrüsst die Einführung dieses Artikels. Er fordert aber, dass in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz festgelegt wird, dass die Personendaten nicht zum Nachteil von Studierenden eingesetzt werden können, beispielsweise bei der Zuteilung von Projektarbeiten und der Führung von Wartelisten. Da die Kenntnis von gewissen Personendaten erwiesenermassen auch unterbewusst begünstigend für ungerechtfertigte Benachteiligungen wirken kann, sprechen wir uns ausserdem dafür aus, die Verfügbarkeit von Personendaten (inklusive Leistungsdaten) stets auf das notwendige Niveau zu beschränken.

Artikel 36 g, h: Sicherheit

Der VSETH widerspricht der Kompetenzerweiterung des Sicherheitsdienstes. Wir erachten diese als unnötig und befürchten, dass sie die Freiheit der Hochschulangehörigen signifikant einschränken könnte. Die Freiheit der Hochschulen muss geschützt werden. Falls die Kompetenzen des Sicherheitsdienstes dennoch erweitert würden, wäre es wichtig, diesem klare Grenzen der Verhältnismässigkeit zu setzen.

Artikel 36i: Videoüberwachung

Analog zur Kompetenzerweiterung des Sicherheitsdienstes erachtet der VSETH die Videoüberwachung an Hochschulen als grösstenteils unnötig und schädlich. Die ETH hat uns zwar zugesichert, dass auch mit den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen keine flächendeckende Überwachung geplant ist, die Entwicklung an anderen öffentlichen Orten (Bahnhöfe, öffentliche Plätze etc.) lässt uns aber an dieser Aussage zweifeln. Ausserdem findet der VSETH eine Speicherung von bis zu 100 Tagen unverhältnismässig und eine solche sollte stärker beschränkt werden. Wir betonen ausserdem die Bedeutung von klarer Kommunikation zur Überwachung. Alle Kameras sollten klar gekennzeichnet sein und die entsprechende Verarbeitung muss allen Angehörigen kommuniziert werden. Der VSETH spricht sich dafür aus, den Artikel 36 i vollständig zu streichen. Falls der Artikel 36 i beibehalten wird, sprechen wir uns dafür aus, den Absatz 1 folgendermassen zu ergänzen: *1 Die ETH und die Forschungsanstalten können eine Videoüberwachung einrichten, soweit dies zum Schutz ihres Personals, der Studierenden und Besucher, ihrer Infrastruktur und des Betriebs **zwingend** erforderlich **und verhältnismässig** ist.*

Artikel 37: Rechtsschutz

Der VSETH lehnt die Einschränkung der Beschwerdemöglichkeiten entschieden ab. Im erläuternden Bericht zur Teilrevision ist festgehalten, dass die Beschwerdemöglichkeit zu einer Verzögerung des Aufsichtsverfahrens führt. Eine derartige Einschränkung der Rechtsmittel mit der Verzögerung des Verfahrens zu begründen, ist absolut untragbar. Ausserdem wird mit dem öffentlichen Interesse argumentiert, dass Streitigkeiten zwischen der Aufsichtsbehörde und der Verwaltungseinheit nicht wünschbar seien. Das Wesen eines Rechtsstaates ist es doch, Beschwerden über mehrere Instanzen zuzulassen und diese auch Verwaltungseinheiten zu ermöglichen. Der VSETH geht nicht davon aus, dass die aktuelle Lage eine Rechtsunsicherheit schafft. Vielmehr hat das Gericht den ETH-Institutionen zugestanden, dass sie als öffentlich-rechtliche Anstalten Beschwerde gegen Aufsichtsverfahren des ETH-Rats führen dürfen. Diese Einschätzung wurde im Jahr 2015 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Somit ist aus Sicht des VSETH auch dieses Argument hinfällig.

Madame Christina Baumann
Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
Kochergasse 6
3003 Berne

Par courriel :
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Paudex, le 6 mars 2019
BMU/dma

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF

Madame, Monsieur,

Nous avons étudié avec attention le projet de modification de la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales (loi sur les EPF).

Les écoles polytechniques fédérales font partie intégrante du paysage de la formation supérieure en Suisse. Leur excellence n'est plus à prouver, comme le démontrent les récents classements internationaux. Pour continuer dans cette voie, leurs bases légales doivent être claires. Cette révision va dans ce sens, tout en mettant en œuvre des principes directeurs de gouvernance d'entreprise à saluer.

Les adaptations proposées en matière de gouvernance, de politique du personnel, de vente d'énergie et de sécurité n'appellent pas de notre part de commentaires particuliers. Nous sommes en mesure de les soutenir.

Globalement, nous approuvons ce projet de modification.

En vous remerciant d'avance de l'attention portée à la présente lettre, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Centre Patronal



Baptiste Müller

GESCANNT
- 8. März 2019

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFi
Abteilung Hochschulen/Hochschulpolitik
Frau Christina Baumann
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern

Lausanne/Zürich/Villigen/Birmensdorf/Dübendorf, 7. März 2019

Vernehmlassung über die Änderung des ETH-Gesetzes Stellungnahme der Institutionen des ETH-Bereichs

Sehr geehrte Frau Baumann

Betreffend die rubrizierte Vernehmlassung erlauben wir uns, Ihnen die nachfolgende Stellungnahme der sechs Institutionen des ETH-Bereichs zukommen zu lassen.

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Institutionen des ETH-Bereichs verstehen sich als Teil der Bildungs- und Forschungslandschaft Schweiz und tragen mit ihrer internationalen Ausstrahlung wesentlich zur guten Reputation des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz bei. Grundlage für die äusserst erfolgreiche Entwicklung der Institutionen des ETH-Bereichs bildeten in den vergangenen Jahren die ausgezeichneten Rahmenbedingungen, welche sie der Weitsicht ihrer Trägerin – der Schweizerischen Eidgenossenschaft – verdanken.

Diese Rahmenbedingungen erlauben es den Institutionen des ETH-Bereichs, im internationalen Wettbewerb um die besten Forschenden und Studierenden zu bestehen und ihre Angehörigen zu befähigen, Spitzenleistungen in Lehre und Forschung zu erbringen. Eine dieser erfolgsentscheidenden Rahmenbedingungen ist der hohe Grad an Autonomie, welchen Bundesrat und Parlament den Institutionen des ETH-Bereichs mit der Revision des ETH-Gesetzes 2003 bewusst gewährt haben.

Diesen wesentlichen Erfolgsfaktor gilt es auf jeden Fall zu bewahren.

2. Bemerkungen zu den Änderungen im Einzelnen

Zu Art. 25 Abs. 1 Bst. f und Abs. 4 (Aufsicht)

„Er übt die Aufsicht über den ETH-Bereich aus; er kann den ETH und den Forschungsanstalten insbesondere Empfehlungen abgeben, Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen.“

Der ETH-Rat hat gegenüber den ETH und den Forschungsanstalten unbestrittenermassen im Rahmen seiner Aufsichtspflichten eine Auftragskompetenz.

Hiernach kann der ETH-Rat innerhalb seiner Kompetenzbereiche nach Art. 25 Abs. 1 den ETH und den Forschungsanstalten Aufträge erteilen. Die ETH und die Forschungsanstalten sind an diese Aufträge gebunden. Dem ETH-Rat wird damit ausreichende Kompetenz eingeräumt, seiner Aufsichtspflicht nachzukommen. Festzuhalten ist allerdings, dass sich die Aufsicht des ETH-Rates auf die sog. Verbandsaufsicht beschränkt; es ist dem ETH-Rat damit verwehrt, in Einzelfällen Weisungen zu erteilen, die den Autonomiebereich der Institutionen beschneiden.

Eine Massnahmenkompetenz, wie sie nun in Art. 25 Abs. 4 vorgesehen ist, würde dem ETH-Rat u.E. die Befugnisse einräumen, Aufträge bzw. Entscheide einseitig und ohne Mitwirkung der betroffenen ETH oder Forschungsanstalt einzuleiten und durchsetzen zu lassen. In Verbindung mit dem Entzug des Beschwerderechts (Art. 37 Abs. 2bis) werden die ETH und die Forschungsanstalten durch die direkte Einleitung von Massnahmen durch den ETH-Rat entmündigt, was in Einzelfällen eine verfahrensrechtlich ungenügende Absicherung für die ETH-Institutionen zu Folge hätte.

Eine Ausweitung der generellen Aufsichtskompetenzen des ETH-Rates im Sinne der vorgeschlagenen Neuerung ist nicht erforderlich. Vielmehr führt sie zu einer faktischen Aufhebung des in Art. 4 Abs. 3 ETH-Gesetz verankerten Subsidiaritätsprinzips und damit zur Schwächung der Autonomie der Institutionen. Die Institutionen des ETH-Bereichs sind aufgrund der subsidiären Generalkompetenz für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht explizit dem ETH-Rat übertragen sind. Die Kompetenzen sind hierdurch klar und lückenlos verteilt, vollumfänglich abgedeckt, und dem ETH-Rat stehen in seinem Aufgabenbereich sämtliche Instrumente einer wirkungsvollen Aufsicht zur Verfügung.

Die Institutionen des ETH-Bereichs lehnen die vorgeschlagene Anpassung von Art. 25 Abs. 4 aus den genannten Gründen ab. Wir beantragen die Beibehaltung von Art. 25 Abs. 1 Bst. f und die Streichung von Art. 25 Abs. 4.

Sollte Art. 25 Abs. 4 in der Vorlage verbleiben, beantragen wir folgende Änderung: „...er kann den ETH und den Forschungsanstalten insbesondere Empfehlungen abgeben und Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen.“

Zu Art. 37 Abs. 2bis (Beschwerderecht)

„Den ETH und den Forschungsanstalten steht kein Beschwerderecht zu gegen Entscheide des ETH-Rates nach den Artikeln 16a Absätze 1 und 2, 25 Absätze 1 Buchstaben a, c, d, e, g und 4, 33a Absatz 3, 34b^{bis} Absatz 1, 34d Absatz 3 und 35b Absatz 2.“

Diese Regelung räumt dem ETH-Rat das Recht ein, Entscheide zu treffen, gegen welche die Institutionen des ETH-Bereichs kein ordentliches Rechtsmittel ergreifen können (Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht). Dies auch dann, wenn ein Entscheid des ETH-Rats das Subsidiaritätsprinzip und damit die Autonomie der Institutionen verletzt. Wie oben zu Art. 25 Abs. 1 Bst. f und Abs. 4 ausgeführt, besteht bereits heute eine genügende Rechtsgrundlage, damit der ETH-Rat seine Aufsichtspflicht wahrnehmen kann. Wir verweisen daher auch auf die vorstehenden Ausführungen.

Im «Erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsverfahren» vom 21. November 2018 werden als Gründe für die generelle Verweigerung eines ordentlichen Rechtsmittels hauptsächlich Effizienzgründe genannt. Dabei wird auf zwei Fälle aus den Jahren 2013 bzw. 2015 verwiesen. Tatsächlich zeigt sich zudem, dass im Zeitraum zwischen 2002 und heute nur gerade in zwei (!) Fällen von Seiten einer Institution ein Beschwerdeverfahren gegen einen Entscheid des ETH-Rats angestrengt wurde. Beide betrafen hierbei denselben Sachverhalt (behauptetes wissenschaftliches Fehlverhalten/Plagiat).

Der Rechtsschutz mittels eines ordentlichen Rechtsmittels ist direkt aus der den Institutionen bewusst gewährten Autonomie abgeleitet, und er ist ein für die Autonomie notwendiges Element. Dies hat der Gesetzgeber bereits 2002 erkannt, als die Frage des Einwirkens des ETH-Rats bei den Institutionen in der Botschaft zur Teilrevision wie folgt beantwortet wurde (BBL 2202. 3471):

„Die akademische Freiheit, Grundlage der wissenschaftlichen Kreativität, muss auf allen Ebenen (Forscherinnen und Forscher, Institute und Hochschulen) gewahrt sein. Selbstverständlich sind gesetzliche Schranken zu beachten. Forschungsfreiheit setzt Autonomie der Institutionen voraus. Autonomie ist zu definieren als Freiraum, in welchem eine Verwaltungseinheit selbstständig und selbstverantwortlich handeln, insbesondere Vorschriften erlassen und Einzelfallentscheidungen treffen kann (Regelungs- und Entscheidzuständigkeit). Die vorliegende Revision bezweckt die Stärkung der Autonomie der Institutionen. Um ihre Aufgaben in Lehre, Forschung und Dienstleistungen bestmöglich erfüllen zu können, bedürfen der ETH-Bereich und seine Institutionen der Erweiterung ihres Handlungsspielraumes. Die Entscheidungsprozesse sind zu verbessern, ebenso die Flexibilität in der Planung und die Effizienz in der Umsetzung. Leitlinie bleibt die von Parlament und Bundesrat definierte Wissenschaftspolitik.“

(BBL 2202. 3487, Art. 25)

„Als vorgesetzte Behörde gegenüber den Institutionen hat der ETH-Rat Aufsichtsfunktionen zu übernehmen (Bst. f). Mit dem Vorschlag, wonach dem ETH-Rat auch Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen angehören, erfährt diese Aufgabe gegenüber der heutigen Umschreibung eine wesentliche Änderung. Neu gilt, dass die Aufsicht auf die sog. Verbandsaufsicht beschränkt ist; es ist dem ETH-Rat damit verwehrt, in Einzelfällen Weisungen zu erteilen, die den Autonomiebereich der Institutionen beschlagen.“

Im «Erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsverfahren» vom 21. November 2018 (Seite 9) zur vorliegenden Teilrevision wird weiter ausgeführt, dass die Gewährung der Beschwerdemöglichkeit in Fällen, in denen der ETH-Rat die Institutionen zur Erfüllung der ihnen obliegenden öffentlichen Pflichten anhält, nicht sachgerecht erscheint. Er könne die Wirksamkeit der Handlungen des ETH-Rats beeinträchtigen und zu einem unverhältnismässigen Mehraufwand führen!

Mit Blick auf die in den vergangenen fünfzehn Jahren gerade nur in zwei Fällen ergriffene Beschwerdemöglichkeit durch eine Institution des ETH-Bereichs erscheint der Verweis auf eine «wesentliche Beeinträchtigung der Tätigkeit des ETH-Rats bzw. einen unverhältnismässigen Mehraufwand» etwas fragwürdig. Dass die Beschwerdemöglichkeit in der Vergangenheit nicht öfter in Anspruch genommen wurde zeigt gerade, dass sich die Institutionen des ETH-Bereichs ihrer Verantwortung bewusst sind.

Mit der Anerkennung, dass die den Institutionen des ETH-Bereichs gewährte Autonomie ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist, sollte auch in Kauf genommen werden, dass sich diese (wie in der Vergangenheit geschehen in wenigen Ausnahmefällen) gegen einen Entscheid bzw. eine Massnahme des ETH-Rats mittels eines ordentlichen Rechtsmittels wehren können. Der generelle Entzug des ordentlichen Rechtsmittels wie in der vorliegenden Teilrevision vorgesehen, entmündigt die Institutionen des ETH-Bereichs nachhaltig und in unangemessener Weise und hat eine verfahrensrechtlich ungenügende Absicherung ihrer Autonomie zur Folge.

Den ETH und den Forschungsanstalten bliebe es zwar weiterhin unbenommen, eine Aufsichtsbeschwerde gegen den ETH-Rat beim Bundesrat zu führen oder ein Wiedererwägungsgesuch beim ETH-Rat zu stellen. Es ist hierbei jedoch unbestritten, dass weder der Aufsichtsbeschwerde an den Bundesrat noch dem Wiedererwägungsgesuch an den ETH-Rat dieselbe Bedeutung wie dem ordentlichen Rechtsmittel an das Bundesverwaltungsgericht zukommen. Diese beiden Möglichkeiten können daher keinesfalls als gleichwertige Alternativen betrachtet werden.

Wir beantragen unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen die Streichung von Art. 37 Abs. 2bis bzw. den Verzicht auf eine Einschränkung des Beschwerderechts der Institutionen des ETH-Bereichs gegenüber heute.

Eventualiter sei das Beschwerderecht nur bei der dem ETH-Rat in Art. 25 Abs. 1 übertragenen Aufgaben auszuschliessen. Namentlich Art. 25 Abs. 1 lit. a, c, d, e und g.

Zu Art. 10 a Energieverkauf

Wir begrünnen die Möglichkeit, Energie, die die Institutionen nicht selbst benötigen, zu Marktpreisen verkaufen zu können. Die Institutionen des ETH-Bereichs sollten jedoch die erzielten Erträge, welche i.d.R. nicht kostendeckend sind, einbehalten können.

Zu Art. 13 Abs. 1

Zurzeit gibt es keine Rechtsgrundlage, welche die Bearbeitung von Personendaten ehemaliger Studierender erlaubt. Damit diese Daten rechtmässig erhoben werden können, beantragen wir die Ergänzung des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe c wie folgt: *die Studierenden, ehemaligen Studierenden und die Hörer.*

Zu Art. 14 Abs. 3

Im Sinne der Karriereförderung ist es notwendig, dass Assistenzprofessorinnen und –professoren die ETH jederzeit verlassen können und eine mehrmalige Verlängerung der befristeten Arbeitsverhältnisse bis zu den vorgegebenen maximal 8 (acht) Jahren (Art. 17b Abs. 2 Bst. a) möglich ist.

Entsprechend begrünnen wir die vorgesehene Änderung von Art. 14 Abs. 3.

Zu Art. 17a Arbeitsverhältnisse des Personals sowie der Professorinnen und Professoren

Abs. 3: Da sich der Kommentar dazu ausschweigt, worum es sich bei «Arbeitgeberentscheiden» handelt, beantragen wir eine Präzisierung des Absatzes wie folgt: Der ETH-Rat kann Arbeitgeberentscheide, einschliesslich Begründung, Änderung und Beendigung der Arbeitsverhältnisse von Mitarbeitenden, sowie die Regelung von Ausführungsbestimmungen zur Personalverordnung an die Leitungen der ETH und der Forschungsanstalten delegieren.

Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass die Delegationsbefugnis auch hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse der Professorinnen und Professoren im ETH-Gesetz geregelt werden muss (vgl. Abs. 2 Prof.-VO). Zudem möchten wir die heutige Praxis der Änderung laufender Arbeitsverträge ordentlicher Professorinnen und Professoren (Reduktion des Beschäftigungsgrads) durch den ETH-Ratspräsidenten verankern.

Entsprechend beantragen wir die Ergänzung eines neuen Absatzes wie folgt: „Der ETH-Rat kann die mit den Arbeitsverhältnissen von Professoren zusammenhängenden Arbeitgeberentscheide mit Ausnahme der Begründung, Änderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses, an die Präsidenten der ETH delegieren. Bei Änderungen von Arbeitsverträgen von Professoren kann der ETH-Rat diese an seinen Präsidenten delegieren.“

Abs. 4 – 6: Wir begrüßen die vorgeschlagenen Flexibilisierungen des Rücktrittsalters von Professorinnen und Professoren.

Zu Art. 25 a Einschränkung des Stimmrechts und Ausstand

Wir sind einverstanden mit der vorgeschlagenen Regelung, dass die institutionellen Mitglieder des ETH-Rats in den genannten Sachgeschäften über kein Stimmrecht verfügen.

Vorbehalten bleibt die oben beantragte Änderung von Art. 37 Abs. 2bis, insbesondere die Streichung von Art. 33a Abs. 3 aus der Liste der Entscheide, in denen den ETH und den Forschungsanstalten kein Beschwerderecht zustehen soll.

Zu Art. 36f

Wir begrüßen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Bearbeitung von Personendaten im Zusammenhang mit der Entwicklung, dem Einsatz und der Auswertung von Lehrmethoden, die Informationstechnologien verwenden.

Zu 6b. Kapitel: Sicherheit

Wir begrüßen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Sicherheitsdienste und Videoüberwachung.

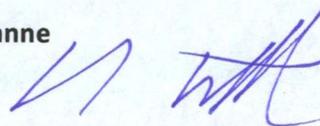
Wir danken Ihnen für die Entgegennahme und die Prüfung unserer Anliegen. Für Rückfragen oder eine Kontaktaufnahme mit den unterzeichnenden Institutionen stehen Ihnen Frau Katharina Poiger, Generalsekretärin der ETH Zürich, oder Herr Tristan Maillard, Secrétaire général de l'EPFL gerne zur Verfügung (katharina.poiger@sl.ethz.ch +41 44 632 20 19 bzw. tristan.maillard@epfl.ch +41 21 693 29 88).

ETH Zürich



Prof. Dr. Joël Mesot, Präsident

EPF Lausanne



Prof. Dr. Martin Vetterli, Président

PSI



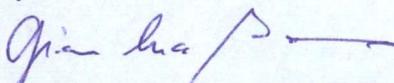
Dr. Thierry Strässle, Direktor a.i.

Eawag



Prof. Dr. Janet Hering, Direktorin

Empa



Prof. Dr. Gian-Luca Bona, Direktor

WSL



Prof. Dr. Konrad Steffen, Direktor

GESCANNT

- 8. März 2019

COPIE



AE
Assemblée d'École

EPFL AE P-GEC	Téléphone	+41 21 693 69 16
CE 2 328 (Centre Est)	Fax	+41 21 693 35 02
Station 1	E-mail Présidente	pres.assemblee.ecole@epfl.ch
CH-1015 Lausanne	E-mail Secrétariat	secr.assemblee.ecole@epfl.ch
	Internet	http://ae.epfl.ch

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF1
Abteilung Hochschulen
Hochschulpolitik
z.H. Frau Christina Baumann
Einsteinstrasse 2, CH-3003 Bern

Lausanne et Zürich, 07.03.2019,

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF : prise de position des Assemblées d'École de l'ETH Zürich et de l'EPFL

Chère Mme Baumann,

En tant que plus hauts organes de participation de l'ETH Zürich et de l'EPFL, nous vous transmettons nos suggestions pour la prise de position quant à la modification sus-citée.

Art. 14, al. 3

Sur proposition des EPF, il nomme les professeurs assistants. Les rapports de travail sont conclus pour une durée déterminée ; ils sont prolongeables dans la limite fixée à l'art. 17b, al. 2, let. a. Ils peuvent être résiliés selon la procédure ordinaire.

Bien que la motivation soit clairement énoncée et positive, la proposition semble être trop ouverte, quant à l'ancienne règle semblait trop stricte. Une proposition intermédiaire garantissant plus de sécurité pour le professeur assistant et pour l'institution serait souhaitable, par exemple un premier contrat de 4 ans, suivi de prolongations adaptables. Cela permettrait aussi de faciliter les premières participations aux appels à financement, qui nécessitent en général une garantie de maintien du poste.

Art. 17, al. 1

Les rapports de travail du personnel et des professeurs sont régis par la LPers, à moins que la présente loi n'en dispose autrement. À l'égard du domaine des EPF, le Conseil des EPF est réputé employeur au sens de l'art. 3, al. 2, LPers. Il édicte une ordonnance sur le personnel et une ordonnance sur le corps professoral, qu'il soumet toutes deux à l'approbation du Conseil fédéral.

Le rôle du domaine des EPF en tant qu'employeur est clarifié, mais cela devrait être complété par une note sur l'autonomie des institutions, notamment du point de vue de la gestion des ressources humaines.

Art. 17, al. 2 et 3,

2 En ce qui concerne les collaborateurs qui sont engagés pour une durée déterminée à des fins de formation, pour des projets de durée déterminée et financés par des tiers ou pour des missions d'infrastructure de durée déterminée, le Conseil des EPF peut prévoir que leur salaire initial et l'évolution de celui-ci seront fixés en dérogation à l'art. 15, al. 1, LPers. Il définit dans l'ordonnance sur le personnel les critères déterminant la rémunération de ces catégories de personnel particulières.

Commenté [1]: Proposition AE EPFL

Commenté [2]: Proposition AE EPFL

Commenté [3]: Proposition AE EPFL

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF : prise de position des Assemblées d'Ecole de l'ETH Zürich et de l'EPFL

3 Le Conseil des EPF peut déléguer aux directions des EPF et des établissements de recherche la prise de décisions qui relèvent de l'employeur et l'édiction de dispositions d'exécution relatives à l'ordonnance sur le personnel.

Cet article est souhaitable. Cependant il ne devrait pas concerner les collaborateurs administratif et techniques, qui eux ne doivent être engagés qu'exceptionnellement sur des contrat CDD. Même, si cette catégorie de personnel est payée par des fonds de tiers, c'est à l'employeur de planifier les ressources. De plus les barèmes du FNS pour les doctorants sont particulièrement bas.

Art. 17a, al. 1

1 Les rapports de travail du personnel et des professeurs sont régis par la LPers5, à moins que la présente loi n'en dispose autrement. À l'égard du domaine des EPF, le Conseil des EPF est réputé employeur au sens de l'art. 3, al. 2, LPers. Il édicte une ordonnance sur le personnel et une ordonnance sur le corps professoral, qu'il soumet toutes deux à l'approbation du Conseil fédéral.

Dans le titre et l'article, une distinction est effectuée entre personnel et professeurs. Celle-ci ne semble pas motivée, les professeurs faisant partie du personnel.

Art. 17a, al. 3

3 Le Conseil des EPF peut déléguer aux directions des EPF et des établissements de recherche la prise de décisions qui relèvent de l'employeur et l'édiction de dispositions d'exécution relatives à l'ordonnance sur le personnel.

L'autonomie des institutions du point de vue de la gestion des ressources humaines doit être clarifiée.

Article 17a, al. 5

Exceptionnellement et dans des cas dûment motivés, le Conseil des EPF peut employer un professeur au-delà de l'âge limite prévu à l'art. 21 de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS)6. Il peut conclure à cet effet un contrat de travail de droit public ou de droit privé. Il peut édicter des dispositions en la matière dans l'ordonnance concernée.

Nous voyons la nécessité de cette flexibilité introduite, qui devra être appliquée de façon à éviter que le développement de carrière des jeunes chercheurs soit limité en raison de la limitation des ressources disponibles, en particulier de l'espace, mais aussi des fonds. Nous suggérons que de nouveaux mécanismes soient explorés afin d'assurer des transitions fluides, comme une réduction progressive des activités et financements des directeurs de laboratoires qui ont passé l'âge de la retraite.

Article 25, al. 1, let f., al. 4

Il exerce la surveillance sur le domaine des EPF; il peut notamment émettre des recommandations à l'intention des EPF et des établissements de recherche, leur donner des mandats et prendre des mesures les concernant.

Le nouveau paragraphe 4, remplaçant le paragraphe 1, let. f, associé au retrait du droit de recours (article 37, paragraphe 2bis), réduit de manière injustifiée l'autonomie des institutions. Nous demandons donc le maintien de l'article 25 en l'état.

Article 25a, paragraphe 1

Aux séances du Conseil des EPF, les membres visés à l'art. 24, al. 1, let. c et d, et 3, n'ont pas le droit de vote pour les affaires suivantes:

a. répartition des fonds fédéraux;

Commenté [4]: En effet, trop souvent le CAT est engagé en CDD en détournant la loi avec la justification qu'il est engagé sur un fonds de tiers. Il faut absolument exclure le CAT de cet article. Actuellement seul les doctorant et post-doc ont un salaire forfaitaire.

Commenté [5]: Proposition AE EPFL

Commenté [6]: Proposition ETHZ, soutien par formulation AE EPFL

Commenté [7]: Non discuté en séance, proposition de soutien de la proposition de l'AE ETHZ

Commenté [8]: - Proposition ETHZ et AE ETHZ, soutien
- Formulation AE ETHZ

Commenté [9]: Proposition AE ETHZ, non discuté en séance, proposition de soutien

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF : prise de position des Assemblées d'École de l'ETH Zürich et de l'EPFL

b. proposition de candidats pour la nomination des présidents des écoles et des directeurs des établissements de recherche;

c. nomination des membres de la Commission de recours interne des EPF et autres décisions concernant les affaires de la Commission de recours interne des EPF.

Nous soutenons la séparation des pouvoirs recherchée par cette révision de la loi, en effet les organes exécutifs des institutions ne devraient pas être en mesure de décider de l'affectation des fonds, et ils ne devraient pas être en mesure de choisir eux-mêmes ou les membres de la Commission de recours. Cependant, nous notons que ce n'est pas le cas pour la let. d (membre proposé par les assemblées universitaires), car il ne constitue pas un pouvoir exécutif et ne représente pas les institutions, mais les deux assemblées universitaires.

Art. 36a

1 Le Conseil des EPF, les EPF et les établissements de recherche exploitent chacun pour leur personnel un ou plusieurs systèmes d'information ; il est également permis de traiter au moyen de ces systèmes les données sensibles et les profils de la personnalité. L'art. 27 LPers7 s'applique à ces systèmes.

2 Le Conseil des EPF peut transférer à une EPF ou à un établissement de recherche le traitement des données relatives à son personnel qui sont contenues dans un système de gestion des données.

3 Le Conseil des EPF, les EPF et les établissements de recherche peuvent notamment recourir à des procédés ou processus d'analyse systématique de ces données par voie électronique.

4 Le Conseil des EPF édicte les dispositions d'exécution; celles-ci sont soumises à l'approbation du Conseil fédéral.

La nécessité de respect des dispositions du droit fédéral quant au traitement des données personnelles devrait être indiquée, de la même façon que dans l'article 36f.

Art.36f (traitement des données personnelles dans l'enseignement)

Les EPF et les établissements de recherche peuvent traiter des données personnelles en rapport avec le développement, l'utilisation et l'analyse de méthodes d'enseignement faisant appel aux technologies de l'information. Ils s'assurent du respect des dispositions de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données.

Nous nous félicitons du développement et de l'utilisation de nouvelles méthodes d'enseignement et de leur évaluation à l'aide de données personnelles. Toutefois, les dispositions d'application ou autres instructions internes doivent garantir que ces dernières ne peuvent pas être utilisées abusivement au détriment de l'étudiant. En particulier, les évaluations des étudiants ne doivent pas être autorisées en dehors du cours, par exemple dans le cadre d'une sélection ciblée.

Article 36 g, h et l (services de sécurité et de surveillance vidéo)

Art. 36g Constitution

1 Dans la mesure où cela est nécessaire pour assurer la protection de leur personnel, des étudiants et des visiteurs et pour maintenir l'ordre et la sécurité sur leur site, les EPF et les établissements de recherche peuvent constituer chacun leur propre service de sécurité.

2 Ils peuvent se doter contractuellement de services de sécurité communs. Ils peuvent confier à des tiers la fourniture de prestations de sécurité.

Art. 36h Compétences

Commenté [10]: Proposition AE EPFL

Commenté [11]: Proposition AE ETHZ, soutien

Commenté [12]: Proposition ETHZ, soutien et complément

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF : prise de position des Assemblées d'Ecole de l'ETH Zürich et de l'EPFL

1 Les services de sécurité accomplissent leurs tâches en exécution du règlement intérieur et pour faire respecter les droits d'accès et d'utilisation sur le site de l'EPF ou de l'établissement de recherche concerné. Ils peuvent interroger des personnes, procéder à des contrôles d'identité et interpeller, contrôler et expulser les personnes dont le comportement n'est pas conforme aux prescriptions.

2 Dans la mesure où leurs tâches le requièrent, les services de sécurité peuvent traiter des données permettant d'identifier une personne et des informations relatives aux infractions commises par une personne contre les prescriptions relatives à la protection des personnes et des équipements présents sur les sites des EPF et des établissements de recherche.

3 Si les tâches du service de sécurité sont confiées à un tiers, les systèmes de traitement des données doivent être séparés sur les plans physique et logique des autres systèmes de traitement des données de ce tiers.

4 Les services de sécurité transmettent aux autorités de police fédérales et cantonales compétentes toutes les informations dont ils disposent concernant des infractions.

Art. 36i Vidéosurveillance

1 Dans la mesure où cela est nécessaire pour assurer la protection de leur personnel, des étudiants, des visiteurs et des équipements et pour assurer leur bon fonctionnement, les EPF et les établissements de recherche peuvent instituer une vidéosurveillance.

2 Les signaux vidéo peuvent être enregistrés. En cas d'incident lié à la sécurité, ils doivent être visionnés et sauvegardés au plus tard le premier jour ouvrable qui suit celui de la découverte de l'incident.

3 Les enregistrements peuvent être communiqués uniquement aux autorités de poursuite pénale ou aux autorités auprès desquelles les EPF ou les établissements de recherche portent plainte ou font valoir des droits. L'analyse des enregistrements est réservée à ces autorités.

4 Les signaux vidéo sauvegardés doivent être conservés dans un lieu où ils sont protégés contre le vol et contre les abus. Ils doivent être détruits après 100 jours au plus tard. Ils peuvent aussi être utilisés sous une forme anonymisée à des fins d'instruction ou de prévention des accidents.

C'est probablement une adaptation de la loi sur les EPF à la pratique courante. Cependant, nous voudrions mettre en garde contre la sur-réglementation de l'espace ouvert et libéral d'une université, très estimée par la plupart des membres des EPF. Egalement, il serait souhaitable d'ajouter l'impossibilité d'une externalisation totale des services de sécurité : si des services de sécurité externes sont sollicités, ils doivent être en complément de services internes, seuls à mêmes de connaître et gérer les spécificités de l'institution. Du point de vue de la vidéosurveillance en particulier, des compléments devraient être ajoutés pour restreindre son usage, et éviter les dérives, l'article est assez ouvert et vague en l'état. De plus, le stockage de données semble trop long pour des enregistrements vidéo de 100 jours. Ici aussi, nous espérons une limitation des pouvoirs nouvellement conférés par les trois articles des dispositions d'application.

Art 37 (2bis) (droit de recours)

Les EPF et les établissements de recherche n'ont pas qualité pour recourir contre les décisions du Conseil des EPF prises en vertu des art. 16a, al. 1 et 2, 25, al. 1, let. a, c, d, e et g, et 4, 33a, al. 3, 34b bis, al. 1, 34d, al. 3, et 35b, al. 2.

Nous ne comprenons pas pourquoi certaines décisions du Conseil des EPF devraient se voir refuser la possibilité d'un recours juridique approprié. Nous rejetons cet article catégoriquement.

Commenté [13]: Proposition AE ETHZ, soutien et complément EPFL

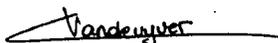
Commenté [14]: A mon avis l'article sur la vidéosurveillance à notion vague de protection du personnel ouvre les portes pour la surveillance généralisée des employé-e-s dans les amphithéâtres, les laboratoires, les bureaux, les entrées, les cafétéria etc.

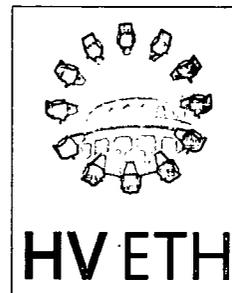
Commenté [15]: Proposition AE ETHZ, soutien

Consultation sur la modification de la loi sur les EPF : prise de position des Assemblées d'Ecole de l'ETH Zürich et de l'EPFL

Caroline Vandevyver

Présidente de l'Assemblée d'Ecole EPFL

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Vandevyver', with a horizontal line underneath it.



Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Hochschulen, Hochschulpolitik
z.H. Frau Christina Baumann
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern

Zürich, 7. März 2019

**Vernehmlassung über die Änderung des ETH-Gesetzes:
Stellungnahme der Hochschulversammlung der ETH Zürich**

Sehr geehrte Frau Baumann

Als wichtigstes Mitwirkungsorgan der ETH Zürich sind wir erstaunt, nicht zu einer Stellungnahme zu obiger Vernehmlassung eingeladen zu sein, und erlauben uns jedoch trotzdem, Ihnen diese zu unterbreiten.

Art. 17 a Abs. 5

Der ETH-Rat kann in begründeten Ausnahmefällen mit einer Professorin oder einem Professor eine Anstellung über die Altersgrenze gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) hinaus vereinbaren. Dafür kann er einen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Arbeitsvertrag abschliessen. Er kann dazu Vorschriften in der entsprechenden Verordnung erlassen.

Wir sehen die Notwendigkeit dieser eingeführten Flexibilisierung, welche auf eine geringe Anzahl von Professorinnen und Professoren angewandt werden sollte. Es muss jedoch vermieden werden, dass aufgrund der Beschränkung von zur Verfügung stehenden Ressourcen, vor allem Raum, aber auch Drittmittel, die Karriereentwicklung jüngerer Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie Professorinnen und Professoren eingeschränkt wird. Aus Sicht der nicht-professoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ETH-Bereichs führt diese Regelung allerdings zu einer Ungleichbehandlung des Personals, die grundsätzlich nicht erwünscht und inhaltlich nur schwer zu begründen ist.

Art. 25 Abs. 4

Er übt die Aufsicht über den ETH-Bereich aus; er kann den ETH und den Forschungsanstalten insbesondere Empfehlungen abgeben, Aufträge erteilen und sie betreffende Massnahmen ergreifen.

Wir erachten die bisherige Formulierung des Art. 25 Abs. 1 Bst. f, der dem ETH-Rat die uneingeschränkte Aufsichtskompetenz einräumt, als ausreichend. Durch den neuen Abs. 4 wird in Kombination mit dem Entzug des Beschwerderechts (Art. 37 Abs. 2bis) die Autonomie der Institutionen in ungerechtfertigter Weise beschnitten. Wir beantragen deshalb die Beibehaltung von Art. 25 Abs. 1 Bst. f und die Streichung von Art. 25 Abs. 4.

Art. 25 a Abs. 1

An den Sitzungen des ETH-Rates verfügen die Mitglieder nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstaben c und d sowie Artikel 24 Absatz 3 über kein Stimmrecht in folgenden Geschäften:

a. Zuteilung der Bundesmittel;

b. Wahlvorschläge für die Schulpräsidenten und die Direktoren der Forschungsanstalten;

c. Wahlen der Mitglieder der ETH-Beschwerdekommision und weitere Beschlüsse in Angelegenheiten der ETH-Beschwerdekommision.

Wir anerkennen die mit dieser Gesetzesrevision angestrebte Gewaltenteilung, d.h. die exekutiven Organe der Institutionen sollen nicht über ihre Mittelzuteilung entscheiden können, sich nicht selbst bzw. die Mitglieder der Beschwerdekommision wählen können. Wir geben jedoch zu bedenken, dass dies nicht für den Personenkreis unter Bst. d (ein Mitglied, das von den Hochschulversammlungen vorgeschlagen wird) gilt, da von diesem keine exekutive Gewalt ausgeht und nicht die Institutionen, sondern die beiden Hochschulversammlungen repräsentiert werden. Wir beantragen daher die Streichung von Bst. d in Art. 25 a Abs. 1 («An den Sitzungen des ETH-Rates verfügen die Mitglieder nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstaben c ~~und d~~ sowie Artikel 24 Absatz 3 über kein Stimmrecht in folgenden Geschäften:»).

Art. 36 f (Umgang mit Personendaten in der Lehre)

Die ETH und die Forschungsanstalten können Personendaten bearbeiten im Zusammenhang mit der Entwicklung, dem Einsatz und der Auswertung von Lehrmethoden, die Informationstechnologien verwenden. Sie stellen sicher, dass dabei die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz eingehalten werden.

Wir begrüßen die Entwicklung und den Einsatz neuer Lehrmethoden und deren Evaluierung mit Hilfe von Personendaten. Es sollte jedoch durch die Ausführungsbestimmungen oder anderer interner Weisungen sichergestellt werden, dass Letztere zu Lasten der Studierenden nicht missbräuchlich verwendet werden können. Insbesondere sollten Bewertungen von Studierenden nicht ausserhalb der jeweiligen Lehrveranstaltung verwendet werden dürfen, z.B. im Rahmen einer gezielten Selektion.

Art. 36 g, h und i (Sicherheitsdienste und Videoüberwachung)

Schaffung

Die ETH und die Forschungsanstalten können Sicherheitsdienste einrichten, soweit dies zum Schutz ihres Personals, der Studierenden und der Besucher sowie zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung auf ihrem Areal erforderlich ist.

Sie können vertraglich gemeinsame Sicherheitsdienste einrichten. Sie können Dritte mit der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen beauftragen.

Befugnisse

Die Sicherheitsdienste nehmen ihre Aufgaben in Ausübung des Hausrechts und zur Durchsetzung der Zutritts- und Benutzungsordnung auf dem Areal der betreffenden ETH oder Forschungsanstalt wahr. Sie dürfen Personen befragen, Ausweiskontrollen vornehmen sowie Personen, die sich vorschriftswidrig verhalten, anhalten, kontrollieren und wegweisen.

Sie dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Daten bearbeiten mit Angaben zur Feststellung der Identität einer Person und zu Verstössen einer Person gegen Vorschriften zum Schutz von Personen und Einrichtungen auf den Arealen der ETH und der Forschungsanstalten.

Werden Aufgaben des Sicherheitsdienstes einem Dritten übertragen, so sind die Datenbearbeitungssysteme physisch und logisch von den übrigen Datenbearbeitungssystemen des Dritten zu trennen.

Die Sicherheitsdienste leiten den zuständigen Polizeibehörden von Bund und Kantonen alle Angaben weiter, die im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen stehen.

Die ETH und die Forschungsanstalten können eine Videoüberwachung einrichten, soweit dies zum Schutz ihres Personals, der Studierenden und Besucher, ihrer Infrastruktur und des Betriebs erforderlich ist.

Videosignale können aufgezeichnet werden. Bei sicherheitsrelevanten Vorfällen müssen sie spätestens am ersten Werktag nach Entdeckung des Vorfalls gesichtet und gesichert werden.

Aufzeichnungen dürfen nur strafverfolgenden Behörden oder Behörden, bei denen die ETH oder die Forschungsanstalten Anzeige erstatten oder Rechtsansprüche geltend machen, bekannt gegeben werden. Die Auswertung von Aufzeichnungen ist nur diesen Behörden erlaubt.

Gesicherte Videosignale müssen von den ETH und den Forschungsanstalten diebstahlsicher und vor Missbrauch geschützt aufbewahrt werden. Sie müssen spätestens nach 100 Tagen vernichtet werden. Sie können zudem in anonymisierter Form für Zwecke der Schulung oder Unfallverhütung weiterverwendet werden.

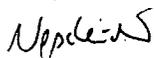
Dabei handelt es sich wohl um eine Anpassung des ETH-Gesetzes an gängige Praxis. Wir möchten jedoch davor warnen, den von den meisten ETH-Angehörigen hoch geschätzten offenen und liberalen Raum einer Hochschule gestützt auf eine geringe, in Relation zur Gesamtzahl der Aktivitäten vernachlässigbare, Zahl von Vorfällen ohne Not zu überregulieren. Es besteht ausserdem die Gefahr, dass sich solche Regulierungen kontraproduktiv auswirken. Für Veranstaltungen mit ausserordentlichen Sicherheitsbedürfnissen sollen auch in Zukunft die regulären Sicherheitskräfte beigezogen werden. Auch erscheint uns die Datenbevorratung bei Videoaufzeichnungen von 100 Tagen zu lang. Auch hier erhoffen wir uns eine Einschränkung der durch die drei Artikel neu eingeräumten Befugnisse in den Ausführungsbestimmungen.

Art. 37 Abs. 2bis (Beschwerderecht)

Den ETH und den Forschungsanstalten steht kein Beschwerderecht zu gegen Entscheide des ETH-Rates nach den Artikeln 16a Absätze 1 und 2, 25 Absätze 1 Buchstaben a, c, d, e, g und 4, 33a Absatz 3, 34b^{bis} Absatz 1, 34d Absatz 3 und 35b Absatz 2.

Es ist für uns unverständlich warum gegen gewisse Entscheide des ETH-Rates die Möglichkeit verwehrt werden soll, ein ordentliches Rechtsmittel zu ergreifen. Wir lehnen diesen Artikel daher kategorisch ab.

Die Hochschulversammlung dankt für die Kenntnisnahme dieser Stellungnahme und verbleibt mit freundlichen Grüssen



Werner Wegscheider
Präsident Hochschulversammlung

Ergänzung des

Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz)

Vernehmlassungsverfahren

Das ETH-Gesetz soll ein neues Kapitel «Sicherheit» mit den Abschnitten «Sicherheitsdienste» (E Art. 36g und 36h) sowie «Videoüberwachung» (E Art. 36i)¹ erhalten. Für die bereits vorhandenen Sicherheitsdienste fehle eine gesetzliche Grundlage (Erl. Bericht v. 21. November 2018, 8), die hiermit geschaffen werden soll.

1. Verfassungsmässigkeit

a) Umfang der verfassungsrechtlichen Hochschulautonomie

Art. Nach Art. 63a BV betreibt der Bund die Eidg. Technischen Hochschulen. Diesen kommt ein hoher Grad an Autonomie (Hochschulautonomie) zu, was sich bei aller Auslegungsbedürftigkeit dieses Begriffs grundsätzlich auf die Wissenschaftsfreiheit in Forschung Lehre und ihre betriebliche Ermöglichung bezieht.² In dieser Autonomie eingeschlossen ist im Rahmen der Rechtsordnung die Verfügungshoheit über Gebäude und Installationen sowie das Hausrecht. Das Hausrecht umfasst auch das Recht, Personen, die sich unbotmässig verhalten oder Hausverbot haben, mit angemessenen Mitteln – prinzipiell jedoch ohne physische Gewalt – des Hauses zu verweisen. *In* Gebäuden der Hochschulen können solche *Aufgaben des Hausrechts* auch privaten Sicherheitsdiensten übertragen werden. «Polizeinahe Funktionen» (Erl. Ber., a.a.O. zu E Art. 36i) gehören jedoch nicht zum Hausrecht und damit nicht zu ihren Befugnissen.

b) Implizite Kompetenz zu «polizeinahen Funktionen»?

Sicherheitspolizeiliche Befugnisse bedürfen einer unzweifelhaften Verfassungsrundlage.³

Aus einer Hauptzuständigkeit (hier: Betrieb der Hochschulen) adhäsionsweise in Anspruch genommene implizite Kompetenzen (hier: Grundrechtseingriffe qua «polizeinahen Funktionen») sind nur mit grosser Zurückhaltung anzunehmen,

¹ Zur vorgesehenen Regelung der Videoüberwachung wird hier nicht Stellung genommen; dies ist Sache der Datenschutzbehörden.

² Bernhard EHRENZELLER/KONRAD SAHLFELD, St. Galler Komm, Art. 63 a, Rz.19f.

³ MARKUS H.F. MOHLER, Grundzüge des Polizeirechts, 2012, Rz. 204.

sofern die implizite Kompetenz *unausweichlich* ist, um die Hauptaufgabe *überhaupt* wahrnehmen zu können. Andernfalls besteht keine verfassungsmässige Zuständigkeit zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung. Da ohne Weiteres andere Möglichkeiten der Sicherheitsgewährleistung nach der verfassungsmässigen Kompetenzgliederung realisierbar sind, fehlt für die Übertragung von Befugnissen wie Anhaltung oder zwangsweise Ausweiskontrollen die notwendige Verfassungsgrundlage. «Polizeinahe Funktionen» ist zudem ein vager und damit unbrauchbarer Ausdruck und schon gar kein Begriff.

2. Gesetzliche Grundlage

a) Hinweise auf die Verordnung über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung und die Transportpolizei

Im Erl. Ber. (a.a.O.) wird auf Art. 9 Abs. 3 der Verordnung über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung⁴ verwiesen, wonach u.a. die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und die mit ihnen verbundenen Anstalten die Gefährdungsbeurteilung und sämtliche daraus folgenden Sicherheitsmassnahmen für ihre Gebäude eigenständig durchführen. Sodann wird in diesem Zusammenhang auf das «Vorbild» der vergleichbaren Vorschriften aus dem Transportwesen⁵ verwiesen. Dieses Vorbild ist allerdings ungeeignet, da es dem BGST an einer Verfassungsgrundlage gerade gebricht.⁶ Auch in anderer Hinsicht kann es nicht als Vorbild dienen, bestimmt es doch, das Bundesgesetz über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes⁷ sei anwendbar, ignorierend, dass Art. 2 Abs. 1 Bst. e nicht greift, da die SBB keine der in den Bst. a – d genannten Behörden, jedoch sowohl die Transport- bzw. «SBB-Polizei» wie auch rein private Sicherheitsunternehmen «Private» sind.

Sodann wird in E Art. 36g Abs. 1 und E Art. 36h Abs. 1 festgehalten, dass die Sicherheit und Ordnung «auf den Arealen» solchermassen zu gewährleisten sei. Soweit es sich nicht um klar abgegrenzte «Arealen» handelt, sondern um Strassen und Plätze (Terrassen), die jedermann frei zugänglich sind, sind solche Flächen wie Allmend zu behandeln und fallen in die Zuständigkeit der örtlichen Polizei. Wo endet der Einsatzraum der Sicherheitsorgane? Das kann bspw. bei einer Weigerung der Personalienangabe mangels einsichtiger Kompetenz der Hochschul-Sicherheitsorgane zu beschwerde- und strafrechtlichen Problemen führen.

⁴ VSB, SR 120.72.

⁵ Gemeint ist offensichtlich das Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr (BGST, SR 745.2).

⁶ MARKUS H.F. MOHLER, Föderalismus im Sicherheits- und Polizeirecht – Reform dringend!, in: Newsletter 1/2018 des Instituts für Föderalismus der Universität Fribourg (<https://www3.unifr.ch/newsletter/archive/mail.php?lang=de&y=2018&id=1630>)

⁷ Zwangsmassnahmengesetz, ZAG SR 364.

b) Eigenständige Gefährdungsbeurteilung und Sicherheitsmassnahmen (Exkurs)

Ob die Bestimmung in Art. 9 Abs. 3 VSB u.a. die Hochschulen die Gefährdungsbeurteilung und sämtliche daraus folgenden Sicherheitsmassnahmen für ihre Gebäude eigenständig durchführen sollen, darf bezweifelt werden. Für eine Gefährdungsbeurteilung dürften ihnen die notwendigen Informationen fehlen. Demnach bedürfen sie der Zusammenarbeit mit der zuständigen Kantons- und/oder Stadtpolizei. Gestützt auf eine solche Lagebeurteilung (samt deren nachrichtendienstlichen Kenntnissen, eingeschlossen des Nachrichtendienstes des Bundes) sind die daraus folgenden Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Dafür dürften zweifelsfreie polizeiliche Kompetenzen Voraussetzung sein.

Zudem beschränkt Art. 9 Abs. 3 VBS diese Aufgabe ausdrücklich auf die Gebäude und schliesst nicht auch (zumindest für das Publikum unklar definierte) Areale ein.

c) Konflikt mit Art. 62^e RVOG

Die eigenständige Regelung und Verantwortung des Bundesbetriebes, namentlich mit dem Verweis auf Art. 9 Abs. 3 VSB, bildet einen offenen Konflikt mit Art. 62^e RVOG,⁸ wonach die Kantone dem Bund für Schäden an dessen Eigentum infolge einer Störung der öffentlichen Ordnung haften. Dies betrifft – je nach Lage – nicht nur Störungen der öffentlichen Ordnung ausserhalb der Gebäude, sondern kann, wenn solche durch vom eigenen Sicherheitsdienst mit dem Hausrecht nicht mehr zu bewältigende Störungen verursacht werden, auch für Schäden innerhalb gelten. Es ist daran zu erinnern, dass gesetzliche Regelungen solchen in Verordnungen vorgehen.

Kantone können aber grundsätzlich nicht haftbar gemacht werden, wenn sie in die Lagebeurteilung und die Festlegung und Durchführung der sich daraus ergebenden Massnahmen nicht einbezogen worden sind.

3. Gewaltmonopol

Sofern die beauftragten privaten Sicherheitsdienste ausserhalb des vom Hausrecht umfassten Areal Massnahmen wie Anhaltung oder (zwangsweise) Identitätskontrollen durchführen können sollen, handelte es sich um eine Verletzung des rechtsstaatlichen Gewaltmonopols.⁹

4. Fazit

Soweit die Hochschulen Massnahmen, die über das Hausrecht hinausgehen, treffen müssen, haben sie als rechtlich einwandfreie Lösung die örtlich zuständige Polizei zuzuziehen.

⁸ Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, SR 172.010.

⁹ RAINER J. SCHWEIZER/MARKUS H.F. MOHLER, St. Galler Komm, Vorbem. zu Art. 57-61 BV, Rz. 22.

Mohler

(Mohler)

Binningen, 8. März 2019

Madame
Christina Baumann
Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation
christina.baumann@sbf.admin.ch

Berne, le 19.03.2019

Consultation sur la révision de la Loi sur les Ecoles polytechniques fédérales (EPF)

Madame,

Nous aimerions aujourd'hui prendre position dans le cadre de la procédure de consultation sur la révision de la loi sur les EPF. Nous prenons position en tant qu'association du personnel et partenaire social du domaine des EPF. En tant que partenaire social, nous vous serions reconnaissants si vous pouviez ajouter transfair à la liste des destinataires lorsqu'il s'agit de consultations concernant le secteur EPF, surtout si le personnel est concerné (personne de contact : albane.bochatay@transfair.ch).

Nous tenons à vous communiquer que certaines modifications ne vont pas dans le sens d'un maintien de conditions de travail équitables et favorables pour le personnel des EPF. Premièrement, transfair n'adhère pas aux changements opérés dans la durée de renouvellement d'un contrat à durée déterminée. En outre, en sa qualité d'employeur, le Conseil des EPF édicte l'ordonnance sur le personnel des EPF et l'ordonnance sur le corps professoral des EPF. En tant que partenaire social du domaine des EPF, tout changement effectué dans ces deux ordonnances doit être discuté au préalable avec transfair et les autres partenaires sociaux du domaine de EPF. Nous exigeons que cela soit indiqué à l'al. 1 de l'art. 17a. Finalement, concernant la vidéosurveillance, nous tenons à ce que les collaborateurs des EPF ne soient pas entravés dans leur liberté. Afin d'illustrer ces remarques, voici ci-dessous nos commentaires :

Art. 14, al. 3

La modification proposée à l'art. 14, al. 3 permet de prolonger plusieurs fois les contrats de travail de durée déterminée des professeurs assistants jusqu'à la durée maximale de 8 ans. Nous comprenons la volonté des EPF d'assouplir la durée des contrats en fonction d'un encouragement par le FNS ou d'autres sources de financement. Cependant, de façon générale, et dans le but d'offrir des conditions de travail équitables aux collaborateurs, transfair encourage les contrats à durée indéterminée. Le syndicat est sceptique par rapport à cette nouvelle règle. En effet, un contrat de 4 ans renouvelé 2 fois s'étendrait sur 12 ans, ce qui, selon le syndicat, devrait correspondre à un contrat de durée indéterminée.

Art. 17a

L'al. 2 de cet article prévoit que le Conseil des EPF peut définir dans l'ordonnance sur le personnel les critères déterminant la rémunération des catégories de personnel particulières (dont les collaborateurs engagés pour une durée déterminée à des fins de formation tels que les doctorants). Ces catégories de personnel sont actuellement déjà concernées par une rémunération forfaitaire. Nous saluons le fait qu'une actualisation soit faite en faveur de critères plus précis. Cependant, nous regrettons le fait qu'il soit renoncé aux critères de l'art. 15 al. 1 LPers. En effet, selon transfair, ces paramètres devront encore être pris en compte dans un souci d'équité et d'égalité de traitement.

L'al. 5 règle la base permettant dans certains cas d'employer des professeurs des EPF au-delà de l'âge limite défini de la retraite. Nouvellement, ces professeurs pourront être soumis à des contrats de travail de droit privé dans certaines conditions. Ici, nous nous posons aussi la question de l'égalité de traitement : quels paramètres seront pris en compte pour définir si le contrat est public ou privé ? Nous demandons que ces précisions soient intégrées au rapport explicatif. Dans le cas du maintien dans l'emploi d'un professeur au-delà de l'âge de la retraite, nous estimons que c'est du recours des EPF de veiller à ce que les conditions de travail soient adaptées à l'âge de la personne en question et que les risques sur sa santé soient pris en compte. De façon générale, nous approuvons cette flexibilisation dans le sens où il s'agit d'un maintien dans l'emploi et non d'un mandat. Dans la demande de l'EPF au Conseil des EPF en cas de prolongation, les conditions de santé du professeur en question devront être éclairées pour savoir si celui-ci est apte à continuer à exercer après l'âge de la retraite. Nous faisons la même remarque pour la possibilité donnée aux professeurs femmes des EPF de rester employées jusqu'à l'âge de la retraite de leurs collègues masculins.

Art. 25

Comme il est précisé dans le rapport explicatif, il est important ici que le Conseil des EPF respecte le principe de subsidiarité en laissant normalement à l'institution le soin de mener des enquêtes. Ici, transfair estime qu'il faudrait compléter l'article en précisant que le Conseil des EPF peut prendre des mesures uniquement si des conditions précises sont réunies et/ou s'il constate une violation du droit.

Art. 25a

Nous saluons le fait que cette révision s'allie sur le troisième principe du rapport sur le gouvernement d'entreprise. Nous comprenons également qu'il soit renoncé à une mise en œuvre complète de ce principe tout en limitant le droit de vote de certains membres institutionnels. Nous espérons que cela pourra permettre d'éviter tout conflit d'intérêts potentiel. Cependant, nous regrettons que ces membres spécialistes des détails techniques et scientifiques et représentant le personnel des EPF (assemblées des écoles) ne puissent prendre part aux décisions relatives par ex.

aux fonds fédéraux. Ce changement représente pour nous un pas en arrière dans l'idée de participation et de pluralité. En outre, nous espérons que le nouveau mode de fonctionnement (par ex., les présidents des écoles ne reçoivent pas les documents relatifs à la surveillance et quittent la salle de séance durant le traitement de l'affaire au Conseil des EPF) fonctionne sans litige et sans remettre en cause l'harmonie au sein du conseil.

Art. 36g

Nous saluons ici la volonté de doter le service de sécurité d'une base légale claire. Il est clair que l'employeur doit veiller à protéger la personnalité et la santé des travailleurs (art. 328 du code des obligations). Nous saluons les efforts faits par les EPF pour s'assurer de la sécurité des collaborateurs. Cependant, transfair tient à mettre en garde contre une surveillance trop poussée des employés des EPF et pouvant aller contre les libertés des collaborateurs. En tant que syndicat du service public, nous encourageons les EPF à engager au maximum du personnel à l'interne pour exécuter ces tâches de sécurité (al. 2) au lieu de faire appel systématiquement à des entreprises externes. En cas d'engagement d'entreprises tierces, nous demandons que la collaboration entre celles-ci et les EPF se fassent d'une manière à ne pas entraver les libertés du personnel.

Art. 36h

Ici, transfair aimerait s'assurer que les EPF ou les instituts de recherche s'assurent de la compétence des services de sécurité engagées. Les tâches allouées à ces services pourraient amener à des abus de pouvoir ou des dérangements dans le quotidien des collaborateurs (al. 1). En outre, transfair demande de s'assurer que le traitement de données permettant d'identifier des personnes et des informations soit fait dans le respect de la protection des données des employés et donc de la Loi fédérale sur la protection des données (al.2).

Art. 36i

Ici aussi, transfair salue le recours à une base légale pour la vidéosurveillance. L'article 26 de l'ordonnance 3 relative à la loi sur le travail (OLT 3) concrétise cette obligation s'agissant des systèmes de surveillance. Nous aimerions rappeler son premier alinéa qui interdit cependant l'utilisation de «systèmes de surveillance ou de contrôle destinés à surveiller le comportement des travailleurs à leur poste de travail». Nous demandons aux EPF de faire usage de la vidéosurveillance en respectant cet alinéa. En outre, et dans un souci de transparence, transfair revendique que les collaborateurs puissent être au courant des lieux où se trouve le matériel de surveillance. Finalement, transfair demande que ce matériel ne soit placé ni dans les sphères de travail, ni dans les endroits convenus pour les pauses.

Art. 37

Un renforcement des compétences de base du Conseil des EPF n'est pas un problème en soi pour transfair. Cependant, même s'il n'est pas dans l'intérêt public que des unités administratives puissent porter devant les tribunaux des différends les opposant à leur autorité de surveillance appartenant au même domaine administratif, transfair estime que les deux EPF et les établissements de recherche doivent avoir un droit de recours contre des décisions de surveillance du Conseil des EPF. Il en va de la compétence de ces établissements et de leur capacité de jugement dans une procédure de surveillance, sachant qu'ils sont plus proches des réalités de leur établissement et des préoccupations de leur personnel.

Nous vous remercions par avance de l'attention portée à nos remarques et propositions. Nous nous tenons à disposition pour tout complément d'information.

Avec nos meilleures salutations

transfair – le syndicat



Olivier Hählen
Responsable Région Ouest



Albane Bochatay
Collaboratrice scientifique